

# Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsspaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 25 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 249.

Dienstag, den 23. Oktober 1917.

24. Jahrg.

## Der erste Kriegsparteitag.

Während draußen auf den blutgetränkten Schlachtfeldern das fürchterlichste Gemetzel, das die Menschheit je gesehen hat, seinen leider ungestörten Fortgang nimmt, während Tausende und aber Tausende Parteigenossen fern von der Heimat an den Fronten ihr Vaterland verteidigen, tagte in der alten, historischen Bischofsstadt in Würzburg in der vorigen Woche der erste Kriegsparteitag der deutschen Sozialdemokratie. Der erste und hoffentlich auch der letzte Parteitag während dieses grauenvollen Krieges! Es gibt wohl keinen Parteigenossen, der nicht mit uns gewünscht hätte, daß dieser Parteitag nicht erst nach einer 3½-jährigen Kriegsdauer stattfände. Und er wäre auch, wie Ebert betonte, früher abgehalten worden, wenn die Verhältnisse es gestattet hätten. Aber die Verhältnisse sind eben stärker als die Menschen. Sie machten es unmöglich, daß diese Tagung früher zusammentrat; sie bewirkten es dadurch auch mit, daß der Würzburger Parteitag nicht mehr die einzige, geschlossene Sozialdemokratie vorfand, auf die wir stets mit berechtigtem, freudigen Stolz blickten. Wir möchten damit nicht der Auffassung Raum geben, daß die Spaltung der Partei verhindert worden wäre, wenn vor derselben ein Parteitag stattgefunden hätte; er konnte wohl ebenso wenig den Lauf der Ereignisse hindern, wie die im Vorjahre tagende Reichskonferenz. Aber er hätte es nach unserer Meinung verhütet, daß ein größerer Teil der deutschen Arbeiterklasse in völliger Verkennung der Tatsachen, aus reinem Gefühlsinstinkt heraus, sich den Unabhängigen angeschlossen hätte. Ein früher abgehaltener Parteitag würde so manchem Arbeiter, der jetzt den Unabhängigen Gefolgschaft leistet, die Augen über die Folgen der Zersplitterung geöffnet und ihn veranlaßt haben, der Partei treu zu bleiben. Der Zersplitterungsprozeß wäre dadurch wesentlich abgefügt worden und die Bestrebungen auf Wiederherstellung der Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse wären vielleicht auf fruchtbarerem Boden gefallen, als es heute der Fall sein wird. Doch die Spaltung ist Tatsache; wir müssen und werden uns mit ihr abfinden und können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß ihre schädlichen Wirkungen für den Gegenwarts- und Zukunftskampf der Arbeiterklasse von den letzteren erkannt werden, ehe es zu spät ist.

Wenn wir rückwärtig einen Blick auf die Verhandlungen in Würzburg werfen, dann kann mit freudiger Genugtuung konstatiert werden, daß der Parteitag außerordentlich fruchtbare Arbeit geleistet hat. Er hat die während der Kriegszeit von der Mehrheit der Partei betriebene Politik geprüft und sie für richtig befunden; er hat bestätigt, daß diese Politik eine grundsatztreue sozialdemokratische war. Er hat weiter klar und scharf unmissbare Forderungen aufgestellt im Kampfe um die Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands und um die Herbeiführung des Völkerfriedens. Er hat schließlich die Bausteine zusammengetragen zur Schaffung eines wirklich freien Deutschlands, eines Deutschlands, das sich der Liebe und Achtung der andern Nationen erfreut. Die Beschlüsse des Würzburger Parteitages sind ein Bekenntnis zu Sozialismus, Demokratie und internationalem Völkerfrieden.

Es ist selbstverständlich, daß der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie es als seine erste und heiligste Pflicht betrachtete, im Gegensatz zu den Tagungen unserer ausländischen Bruderorganisationen, den Willen zum Frieden zu bekunden, zur schleunigen Beendigung dieses entsetzlichen Völkermardens erneut zu dokumentieren. Das, was die Arbeiterkämpfer bei der Eröffnung des Parteitages in einem der von ihnen dargebotenen Lieder zum Ausdruck brachten: „Denn die Völker wollen Frieden, Frieden jedes Menschen Herz“, das befeuerte den Parteitag bis zur letzten Stunde seiner Tagung. Und Ebert konnte der stürmischen Zustimmung der Delegierten als auch der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes sicher sein, als er in seiner Eröffnungsrede und in seinem Referat zum Bericht des Parteivorstandes den tiefsten, leidenschaftlichen Willen der Völker zum Frieden betonte und gegenüber den alldeutschen Kriegsverlängerern darauf hinwies, daß, wenn das Volk heute abstimmen könnte, mindestens neun Zehntel für den Verständigungsfrieden votieren würden. Scharf, aber durchaus berechnete Worte liefen im

Verlaufe der Verhandlungen gegen die alldeutschen Heimkrieger und deren Pressetrabanten. Aber auch die Haltung der französischen Mehrheitssozialisten und der englischen Arbeiterpartei zur Friedensfrage fand in der Form maßvolle, aber in der Sache scharfe Kritiker. Mit Recht wurde die bereits bekannte Tatsache unterstrichen, daß dieser Haltung nicht zum wenigsten das Scheitern der Stockholmer Friedenskonferenz zu verdanken sei. Und gegenüber den Kriegszielen der französischen Mehrheitssozialisten, die bekanntlich die „Desannexion“ Elsaß-Lothringens als Hauptpunkt in sich bergen, konnte Ebert darauf aufmerksam machen, daß der Beschluß des Jenaer Parteitages, der die volle republikanische Autonomie Elsaß-Lothringens im Rahmen des Deutschen Reiches fordert, 1914 vom Parteitag der französischen Sozialdemokratie ausdrücklich zu dem Seinigen gemacht worden ist. Wäre sich die französische Sozialdemokratie in dieser Frage treu geblieben, dann wären wir heute schon ein gut Stück weiter auf dem Wege zum Frieden. Die deutsche Sozialdemokratie kann, wie auf dem Parteitage erneut mit aller Deutlichkeit festgestellt wurde, für sich in Anspruch nehmen, daß sie alles getan hat, um die Bahn zum Frieden zu ebnen.

In dieses Kapitel schlägt auch die Stellung der Sozialdemokratie zu den innerpolitischen Fragen Deutschlands. Von unabhängiger Seite hat man wiederholt, ohne den Schein einer Berechtigung, der Sozialdemokratie vorgeworfen, sie stände nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes. Ausdrücke wie „Regierungssozialisten“ waren an der Tagesordnung und wurden von den Sozialisten des Auslandes zur Begründung ihrer friedensfeindlichen Haltung mit einer gewissen Befriedigung aufgegriffen. All diesem unverantwortlichen Gerede und Geschreibsel gegenüber hat der Parteitag auf das kräftigste die Worte Eberts unterstrichen: „Wir stehen auf dem Standpunkt des Klassenkampfes, der die Grundlage unserer Politik sein und bleiben muß.“ Wer allerdings von dem Wahn befangen ist, daß dieser Standpunkt identisch ist mit der Verweigerung der Kriegskredite auf jeden Fall, der wird die Richtigkeit dieser Worte abstreiten. Wir wollen uns heute nicht in die Streitfrage einlassen, ob die Annahme von Kriegskrediten eine grundsätzliche oder taktische Frage ist; die Frage ist u. E. nebensächlicher Art. Die Hauptfrage ist die: Kann sich heute eine große politische Partei durch einen Parteitagsbeschluß generell festlegen, kann sie die Bewilligung von Kriegskrediten abhängig machen von der Haltung der Regierung zu innerpolitischen Fragen, wie es die Resolution Hoch wollte? Würden die Kriegskredite der Regierung bewilligt, dann könnte man diese Frage bejahen. Wiederholt aber ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Bewilligung der Kredite abhängig zu machen ist davon, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten ist. Von diesem Standpunkt aus, den kühle und klare Überlegung uns aufzwingt, muß die Frage entschieden werden. Und dann wird man es verstehen, daß der Parteitag mit 262 gegen 14 Stimmen der Resolution Löbe zugestimmt hat, die neben der Billigung der Haltung der Fraktion die letztere verpflichtet, ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung liegt. Durch Annahme dieser Resolution hat der Parteitag sich ferner gegen jede Annexion und Kriegsentzweiung und für die völlige Demokratisierung des Reiches und der Einzelstaaten ausgesprochen. Das ist eine Stimme, die millionenfach mehr wiegt, als die Stimmen der Bierbankpolitiker und Heimkrieger — es ist die Stimme der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Gewaltige Aufgaben stehen der Sozialdemokratie bevor; soll sie, wie es hier und dort gewünscht worden ist, beiseite stehen und die Dinge gehen lassen, wie sie wollen? Oder soll sie die Zeit nutzen und versuchen, ihre ganze Kraft daran zu setzen, um aus dem Chaos, das der Krieg geschaffen hat, ein sozialistisches Gebilde zu erschaffen? Die Antwort auf diese beiden Fragen kann für einen Sozialdemokraten nicht schwer sein. Im Interesse unserer Sache, im Interesse des deutschen Volkes wollen wir den letzteren Weg beschreiten, wollen in sozialistischer Zukunftsreue arbeiten an dem Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, deren Grundlage der Sozialismus ist. Die geradezu meißer-

haften Ausführungen Scheidemanns über die nächsten Aufgaben der Partei geben uns ein Bild der gewaltigen Mission, welche die Sozialdemokratie zu erfüllen hat. Es handelt sich hier um die Fragen der Demokratisierung, Parlamentarisierung, der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir haben die von Scheidemann zusammengefaßten Einzelreferate der Genossen Landsberg, Keil, Curcio und Wissell auszugsweise zum Abdruck gebracht und dadurch unsern Lesern die Möglichkeit gegeben, sich in diese schwerwiegenden Probleme zu vertiefen. Es ist ein enormes Stück Arbeit, das uns bevorsteht. „Es lebe der Kampf! Es lebe die Arbeit! Es lebe der Kampf für ihr Recht! Marschieren wir, kämpfen wir, wenn es sein muß: Vorwärts! Vorwärts!“ Diese Schlussworte Scheidemanns am Ende seiner Ausführungen wollen wir uns alle in Erinnerung rufen, wenn uns die Aufgaben, die wir zu erledigen haben, zu schwer erscheinen, wenn wir unter der Last derselben zusammen zu brechen drohen. Wir wollen und müssen vorwärts!

Zum Schluß behandelte der Parteitag noch eine Reihe wichtiger Anträge, von denen wohl der über die Lebensmittelfragen der wichtigste ist. Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit erklärte der Parteitag, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Die unerhörte Preissteigerung der wichtigsten zum Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände fand die schärfste Mißbilligung des Parteitages, wie auch der schwankenden Regierung Michaelis im Lauf der Beratung manches herbe Wort der Kritik zuteil wurde. Gegen die Verschleppung der preussischen Wahlreform, sowie die skandalöse Verteuerung der Eisenbahnfahrpreise erhob der Parteitag scharfen Protest.

Wie wir schon eingangs sagten, hat der Parteitag fruchtbare Arbeit geleistet. Er hat in einem klammernden Appell an die Arbeiterklasse zur Einheit und Geschlossenheit aufgefordert, er hat praktische Gegenwartsarbeit geleistet und Richtlinien für die Zeit nach dem Kriege geschaffen. Nun heißt es für die Genossinnen und Genossen allerorts, mit eisernem Willen und zäher Energie mitzuarbeiten an dem stolzen Bau der Zukunft, den wir uns errichten wollen; zu agitieren und zu wirken für die hehren Ideale des Sozialismus, dem trotz aller finsternen Wolken die Welt gehört.

Es lebe der Kampf! Es lebe die Arbeit!

## Die Kriegslage.

Am 21. Oktober um Mittag ab das Feuer auf Ostende wurde von Land und See aus beschossen. Während in Ostende nur Häuserzerstörung verursacht wurde, fielen bei Stoupe belgische Einwohner dem feindlichen Feuer zum Opfer.

Am 22. Oktober, 6 Uhr 30 vormittags, setzte von Merlem bis Zandvoorde Trommelfeuer ein, worauf zwischen Dreibank und Boelkapelle französisch-englische Angriffe eingeleitet haben. Eigene Bombengeschwader belegten mit Erfolg feindliche Anlagen. Bei Ypern und östlich des Jilbedeter Sees flog je ein feindliches Munitionslager in die Luft.

Am 22. Oktober, 6 Uhr 30 vormittags, setzte von Merlem bis Zandvoorde Trommelfeuer ein, worauf zwischen Dreibank und Boelkapelle französisch-englische Angriffe eingeleitet haben.

Eigene Bombengeschwader belegten mit Erfolg feindliche Anlagen. Bei Ypern und östlich des Jilbedeter Sees flog je ein feindliches Munitionslager in die Luft.

Am 22. Oktober, 6 Uhr 30 vormittags, setzte von Merlem bis Zandvoorde Trommelfeuer ein, worauf zwischen Dreibank und Boelkapelle französisch-englische Angriffe eingeleitet haben.

Eigene Bombengeschwader belegten mit Erfolg feindliche Anlagen. Bei Ypern und östlich des Jilbedeter Sees flog je ein feindliches Munitionslager in die Luft.

Am 22. Oktober, 6 Uhr 30 vormittags, setzte von Merlem bis Zandvoorde Trommelfeuer ein, worauf zwischen Dreibank und Boelkapelle französisch-englische Angriffe eingeleitet haben.



Die völlige Handlungsfreiheit, die sich die deutsche Führung stets bewahrt, und für den Geist und die Kampfkraft der deutschen See- und Landtruppen.

In Mazedonien griffen deutsche und verbündete Truppen im Stumbi-Tal die feindlichen Stellungen an, erbeuteten 4 Maschinengewehre und hielten die neu gewonnenen Stellungen gegen zwei feindliche Gegenangriffe, die unter schweren Verlusten für den Feind scheiterten. Auch an der Straße Monastir-Nagna brachen wiederholte Angriffe der Gegner blutig zusammen. Tagsüber starkes Feuer beiderseits des Bardar hielt auch nachts gegen viele Abschnitte unserer Stellungen an.

### Die Heeresberichte.

REB. Berlin, 22. Oktober, abends. (Amtlich.)

Die Feindangriffe in Flandern sind bis auf geringen Geländegewinn des Feindes bei Belhoof (nördlich von Langemarck) gescheitert; auch an der Straße Menin-Opren brach ein starker englischer Angriff völlig zusammen.

Nordöstlich von Solifons hat sich die Artillerieschlacht nach vorübergehendem Nachlassen am Morgen wieder zu voller Höhe gesteigert.

Die Gesamtbeute auf Desel, Moon und Dago beläuft sich auf mehr als 20 000 Gefangene und über 100 Geschütze sowie zahlreiches Kriegsmaterial.

Wien, 22. Oktober. (Amtlich.)

### Östlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Beiderseits der Kollepaß-Strasse, im Pellegriano-Tale und Maemellata-Gebiet lebte die Geiseltätigkeit auf. Am Monte Sief gelang die Sprengung eines feindlichen Stützpunktes. Gleichzeitig im Cordovole-Tale angreifende Stotrupps drangen bis in die zweite feindliche Linie vor, fügten dem Gegner schwere blutige Verluste zu und führten mit einigen Gefangenen wieder in die Ausgangsstellung zurück.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Ein am westlichen Stumbi-Ufer von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen geführter Angriff brachte uns in den Besitz einiger französischer Stellungen.

### Ereignisse zur See.

Am 18. Oktober unternahm Teile unserer leichten Seestreitkräfte unter der Führung des Kreuzers „Heloeland“ zur Stärkung der gegnerischen Transporte einen Vorstoß in die Süd-Adria, in dessen Verlauf keine feindlichen Schiffe gesichtet wurden, obwohl sich unsere Flottille längere Zeit in der Nähe der italienischen Küste aufhielt. Angriffe feindlicher Zerstörer und eines U-Bootbootes gegen unsere Einheiten am 19. morgens, sieben wirtungslos. Ein italienisches Flugzeug wurde in Brand geschossen und zerstört. Unsere Zerstörertruppen besetzten die weit in Südwest und außer Sicht unserer erdichteten überlegenen italienischen Seestreitkräfte erfolgreich mit Bomben, wobei ein italienischer Zerstörer durch eine direkt bei ihm einschlagende Bombe anscheinend beschädigt wurde. Unsere Seestreitkräfte und Zerstörer sind vollständig und unbeschädigt zurückgekehrt.

### Russischer Seeresbericht.

Am 19. Oktober. In allen Fronten Gewehrfeuer. D'Jsee: Gegen Abend des 18. Oktober stellten wir endgültig fest, daß der Feind am 17. Oktober mittags nach Beschädigung der Küste von Dago die Landung auf der Insel in der Gegend des Dorfes Gero begann. Nach eingelaufenen Meldungen befanden sich in der Nacht zum 18. Oktober auf der Küste von Kutwas an der Spitze der Insel Moon bis zu elf feindliche Fahrzeuge, wahrscheinlich Torpedoboote. Flugweiser: Beim Niedergehen auf dem Flugplatz stürzte eines unserer Flugzeuge am 3. Oktober ab und zerstörte. Der Fliegerhauptmann Konoschin erlitt schwere Verletzungen. Der Beobachter, Leutnant Gollsen, der im Bericht vom 3. Oktober irrtümlich Gollface genannt wurde ist schwerer verletzt worden.

### Die verirrten deutschen Luftschiffe.

Nach einer Havas-Meldung verirrten sich die Zeppeline im Nebel und befanden sich infolge einer nach Südosten gehenden Luftströmung, nachdem sie ihre Betriebsstoffe zweifelslos erschöpft hatten, über Frankreich. Dazu ist zu bemerken, daß die niedergegangenen Zeppeline keine Bomben mit sich führten, sie kamen also nicht, um französische Städte anzugreifen, ihr Sprengstoffvorrat war vielmehr schon über England erschöpft.

Die bisher in Paris eingegangenen Havas-Meldungen lassen annehmen, daß 11 von England geflossene Luftschiffe französische Gebiet überflogen. Das von Anfang an durch Nebel erschwerter Unternehmen dehnte sich über einen großen Teil Englands aus, nahm aber ein unglückliches Ende. Bei Tagesanbruch waren noch acht Luftschiffe über Frankreich. Drei, die einigermaßen zusammengeblieben waren, verjagten unsere Linie zwischen Danville und Baccarat zu überfliegen, eines von ihnen wurde in der Umgebung von St. Clement durch die 171. Flugabwehrgruppe abgeschossen, die beiden anderen konnten entkommen, wurden aber noch durch vier unserer Flugzeugführer von den Geschwadern Nr. 77, 89 und 91 angegriffen, welche eins von ihnen 5000 Meter hoch erreichten und auf Seezweite angriffen, jedoch durch Erschöpfung ihrer Munition zum Aufgeben des Kampfes gezwungen waren, sich im Nebel verirrten und auf freiem Felde landen mußten. Alle anderen Luftschiffe über unser Gebiet wurden von unseren Fliegern angegriffen oder gesichtet und abgeschossen, oder soweit flugunfähig gemacht, daß sie landen mußten. Das letzte Luftschiff wurde am 20. Oktober um 4 Uhr nachmittags vom Fliegerkommando „Fregus“ gesichtet; die Kampfpfeile neben der Verfolgung an, verlor es aber gegen 5 Uhr aus den Augen, als es nach der hohen See flog. Wenn dies nicht, was allerdings wahrscheinlich ist, das Luftschiff von Montigny le Roi ist, von dem man bisher hätte und nach der Kampfpfeile noch nicht aufgefunden hat, verloren die Deutschen am 20. Oktober sechs Luftschiffe. (Demgegenüber verweisen wir auf den amtlichen deutschen Bericht, nach dem 4 Luftschiffe verloren gegangen sind. Die Redaktion.)

Aus Bourdeaux les Sains wird noch gemeldet: Sonntagabend um 8 Uhr vormittags verfolgten Jagdflugzeuge zwei Luftschiffe die über den Ort flogen. Das eine, L. 49, wurde getroffen und ging auf die Gewässer von Bourdeaux, zwischen der sogenannten Anvoate-Bucht und dem Schloß, drei Kilometer von Bourdeaux nieder, die andere Gondel fiel in den Aparco. Der Rest des Luftschiffes blieb in den Bäumen am Ufer des Flusses hängen. Die Gondel hatte mehrere Löcher. Die Mannschaft, die mit Hilfe von Fallseilwinden landete, 19 Mann, darunter 3 Offiziere, konnte das Luftschiff infolge des häufigen Unwetters dort jenseitiger Bürger nicht verlassen, es wurde durch Gewitterniederschlag zerstört. — Zeppelin L. 5 landete um 1.45 Uhr bei Bourdeaux les Sains. Der Fahrer des Luftschiffes und 19 Mann der Besatzung wurden ge-



## Rußland.

### Kritische Lage in Rußland.

Die Maximalisten und verbündeten Parteien bereiten offen den Sturz der Regierung vor. Als Termin ist der 2. November, an welchem Tage der allrussische Kongress zusammentritt, auf dem die Arbeiter und Soldatenräte die Mehrheit zu erhalten hoffen, in Aussicht genommen. Unterdessen wird die Stellung der Regierung immer schwieriger, weil sie die Hoffnung der Bürgerlichen, mit der Anarchie fertig zu werden, nicht erfüllen kann. Die Anarchie nimmt immer schlimmere Formen an. Agrarunruhen und Böbelaufläufe verwirren das ganze innere Rußland.

### Mißtrauen gegen Tereschtschenko.

In demokratischen russischen Kreisen wird wachsendes Mißtrauen geäußert gegen Tereschtschenko, dem diese Kreise Mächtigkeiten mit den ententistischen Kriessireibern vormerken. Die „Istwestija“ publizierte schon am 2. Oktober die schärfste Kritik der bisherigen Auslandspolitik, die nach der russischen Revolution betrieben wurde. Die Diskussion wird anlässlich der Delegation Skobeleffs zur Ententekonferenz besonders lebhaft. „Nowoje Schio“ greift Tereschtschenko wiederholt an.

### Das neue Friedensprogramm der Sowjets.

erweckte in Stockholm großes Interesse. Man findet es vielfach realistischer als den holländisch-skandinavischen Entwurf, in welchem die wirtschaftspolitischen und die Seewerkestragen gegenüber den territorialen Fragen in den Hintergrund treten. Gleichwohl beanstanden manche Russen in Stockholm, daß durch das Programm der Sowjets die Entente in den Glauben verjagt werde, Rußland sei bereit, den Krieg wegen Esch-Lothringens fortzusetzen.

### Die unzuverlässige russische Marine.

Der „Matin“ meldet aus Petersburg: Die provisorische Regierung hat sich veranlaßt gesehen, besondere Agenturen nach Kronstadt zu entsenden, die die Aufgabe haben, auf die Matrosen einzuwirken und sie auf Gefahren eines nicht genügenden Widerstandes aufmerksam zu machen.

### Die Friedensvorschläge des russischen Arbeiter- und Soldatenrates.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: Der ausführende Hauptauschuß des Arbeiter- und Soldatenrates arbeitete nach der Wahl des ehemaligen Arbeitsministers Skobelew zum Vertreter der russischen Demokratie auf der Konferenz der Allierten in Paris folgende auf die Friedensfrage bezügliche Empfehlungen für ihn aus:

1. Die Räumung Rußlands durch die deutschen Truppen und Autonomie für Polen, Litauen und die lettischen Provinzen.
2. Autonomie für Aserbaidschan.
3. Die Lösung der Esch-Lothringens-Frage durch Volksabstimmung unter den Bedingungen völliger Freiheit der Abstimmung.
4. Die Wiederherstellung Belgiens und Entschädigung für seine Verluste aus internationalen Fonds.
5. Die Wiederherstellung Serbiens und Montenegro mit den Entschädigungen, die von internationalen Fonds aufzubringen sind. Serbien erhält einen Zugang zum Adriatischen Meer. Bosnien und die Herzegowina sollen autonom werden.
6. Die primitiven Gebiete auf dem Balkan erhalten vorläufige Autonomie bis zur Volksabstimmung.
7. Rumänien wird in denselben Grenzen wiederhergestellt und gibt das Versprechen, der Dobrudscha die Autonomie zu gewähren und verpflichtet feierlich, den Artikel 3 des Berliner Vertrages über Gleichheit und Rechte der Juden in Rumänien zu setzen.
8. Autonomie für die italienischen Provinzen Dalmatiens bis zur Volksabstimmung.
9. Zurückgabe russischer Kolonien an Deutschland.
10. Wiederherstellung Persiens und Griechenlands.
11. Neutralisation aller Meerengen, die in innere Meere führen, sowie des Suez- und Panama-Kanals, Freiheit der Handelsverkehrsfahrt, Abschaffung des Rechtes zur Kaperei und Torpedierung von Handelsschiffen.
12. Alle Kriegsverbrechen werden auf Kontribution oder Entschädigung, unter welcher Form sie auch sei. Alle während des Krieges aufgetragenen Kontributionen sind zurückzuführen.
13. Jedes Land ist unabhängig hinsichtlich seiner Handelspolitik, aber alle Länder verpflichten sich, auf die Handelsblockade nach dem Kriege zu verzichten und keine besonderen Zollabkommen zu schließen.
14. Friedensbedingungen werden auf dem Friedenskongress von den Vertretern festgelegt, die von den nationalen Vertretungen gewählt werden. Diese Bedingungen sind von den Parlamenten zu

bestätigen. Die Diplomaten verpflichten sich, keine Geheimverträge, die als dem Völkerrecht zuwiderlaufend, also für nichtig erklärt werden, zu schließen. 15. Unmäßige Wüstung zu Lande und zu Wasser und darauffolgende Einführung des Mißsystems. Die Anweisungen schließen mit der Empfehlung, zu versuchen, alle der Stockholmer Konferenz im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen und die Auslieferung von Pässen für die Parteien zu erlangen, die daran teilzunehmen wünschen.

## Der Seekrieg.

### Die U-Boot-Erfolge im Monat September.

Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat September insgesamt 672 000 Brutto-Registertonnen des ihr aniere Feinde nutzbaren Handelschiffstrahmens verierkt worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf 6 975 000 Brutto-Registertonnen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### Zum Angriff auf Dünaburg.

Berlin, 22. Oktober. (Amtlich.) Der in der Nacht vom 18. zum 19. dieses Monats auf Dünkirchen-See torpedierte englische Monitor ist, wie aus später eingelaufenen Meldungen der torpedierten Streikräfte hervorgeht, durch den Angriff unserer Torpedoboote zum Sinken gebracht worden.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Eine Verständigungsformel des Stockholmer Ausschusses.

Der holländisch-skandinavische Ausschuß in Stockholm hat ein Manifest an die Sozialisten aller Länder ergehen lassen, das die Ergebnisse der Vorkonferenz zu einer mittleren Formel zusammenzufassen sucht, um eine Basis für Friedensverhandlungen zu schaffen. Der deutsche Wortlaut dieser Rundgebung, die von den Mitgliedern des Ausschusses unterzeichnet ist, liegt uns noch nicht vor. Wir sind zunächst auf einen Text angewiesen, der dem „Berliner Tageblatt“ aus dem Haag übermittelt worden ist. Danach betont das Manifest, die Welt scheint endlich begriffen zu haben, daß das System der Gewalt vor dem System des Rechts verschwinden müsse, und aus dem Gleichgewichtszustand der militärischen Mächte folge, daß der Friede morgen nicht durch einen Sieger oder einen Besiegten erzielt werden könne, es sei denn ein Verständigungsfriede. Die Lösung der nationalen Fragen dürfe den Friedensschluß nicht verschieben; für ihre Lösung könne eine Kommission eingesetzt werden, die zur Folge hätte, ein internationales Institut zur Lösung derjenigen Fragen zu errichten, die bei den Friedensverhandlungen nicht gelöst werden können. Der Gedanke müsse sein: keine Annexionen, sondern Räumung aller besetzten Gebiete in Europa und den Kolonien und Rückerstattung dieser Gebiete an diejenigen Staaten, die sie vor dem Kriege besessen haben. Die besonderen Bedingungen lauten:

Vollständige politische und wirtschaftliche Wiederherstellung von Belgien und kulturelle Selbständigkeit für Flandern und Wallonien, Vergütung aller Steuern und Beschlagnahmen, die im Widerspruch mit den internationalen Rechten stattgefunden haben; die Lösung der Esch-Lothringens-Frage kann durch eine Abstimmung, an der die Wähler teilnehmen, die dauernd in diesen Ländern wohnten, oder die während des Krieges das Gebiet verlassen mußten und zurückkehren verlangen, herbeigeführt werden; Garantien für eine freie Abstimmung müssen gegeben werden. Wiederherstellung der Unabhängigkeit Serbiens, das sich mit Montenegro vereinigen soll; Serbien soll mit Bulgarien und Griechenland einen freien Zugang zum Meere haben; die südflawischen Völker müssen über eine völlige Freiheit unter wirtschaftlicher Aufsicht verfügen und sollen zu einem einzigen, verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Bezirke vereinigt werden; Vereinigung aller bulgarischen Elemente mit dem Mutterlande; Errichtung eines freien, unabhängigen Polens unter Garantie der wirtschaftlichen Entwicklung und für Autonomie der jüdischen und anderen Minoritäten; territoriale Unabhängigkeit der Nationalitäten in Rußland im Rahmen der föderativen Republik unter Garantie für die Rechte der Minoritäten. Unabhängigkeit Finnlands, das mit der russischen Republik vereinigt werden soll; Lösung des böhmischen Problems in dem Sinne, daß die Böhmen einen Staat bilden und mit Oesterreich-Ungarn in einem bundesstaatlichen Verhältnis stehen; freundschaftliche Lösung der Frage von Nordschleswig durch ein Uebereinkommen zwischen den daran interessierten Staaten auf der Basis einer Grenzregulierung im Einklang mit den Bewohnern; territoriale Wiederherstellung von türkisch Armenien und Garantien für eine Weiterentwicklung; internationale Lösung der jüdischen Frage, persönliche Selbständigkeit der Juden in Rußland, in Oesterreich, Rumänien und Polen, wo Juden in dichten Massen wohnen unter Protection der jüdischen Kolonisten in Palästina.

### Beschlüsse der Schweizer Friedensgesellschaft.

Die Schweizer Friedensgesellschaft hat auf ihrer Tagung in Olten eine Resolution angenommen, in der sie den schweizerischen Bundesrat einladet: 1. ohne Verzug eine außerparlamentarische Kommission, bestehend aus den hervorragendsten Staatsmännern, zu errichten und aus Volkswirtschaftlern zu bilden, um sie mit der Aufgabe zu betrauen, die Bedingungen zu studieren, unter denen die Schweiz dem künftigen Völkerbunde beitreten könne. 2. möglichst in der nächsten parlamentarischen Tagung eine öffentliche Erklärung abzugeben, in der die Stellungnahme der Schweiz zu dieser Frage festgelegt wird, dadurch soll ähnlichen Erklärungen in andern neutralen Ländern der Weg gebahnt werden, sodas die Kriegführenden erkennen, wie weit sie auf die Beteiligung der Neutralen am Völkerbunde rechnen können. 3. in geeigneten Zeitpunkt einen internationalen Kongress einzuberufen mit der Aufgabe die grundlegenden Programmpunkte zu dem zukünftigen Völkerbunde festzusetzen.

### Freies Geleit für Graf Lyuburg.

Reuter meldet aus Buenos Aires: Die englische Regierung hat Graf Lyuburg freies Geleit zugehanden für seine Reise mit dem Dampfer „Hollandia“, der im November nach einem Land, das an Deutschland grenzt, in See gehen wird.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Mehrheitsparteien und die Kanzlerkrise. Die Konferenz der Führer der Mehrheitsparteien, die streng vertraulicher Natur ist, dürfte sich auf mehrere Tage er-



strecken. Darüber, daß Herr Dr. Michaels als Reichskanzler unaltbar ist, scheinen diese Parteien einig zu sein. In der Hauptache dürfte es sich also um eine Ansprache über die Person des neuen Reichskanzlers handeln.

### Im Zeichen der Verschleppung.

Die Staatshaushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen, die am Freitagabend abgebrochene Erörterung der Ernährungsfragen keinesfalls vor Freitag, den 2. November wieder aufzunehmen. Bis dahin soll ausschließlich über die Kohlenversorgung beraten werden. Da nun aber die Ernährungsdebatte in der Kommission mindestens 8-10 Tage in Anspruch nehmen wird, so ist damit gesagt, daß die Plenarverhandlungen des Abgeordnetenhauses nicht, wie ursprünglich in Aussicht genommen war, schon am 6. November, sondern frühestens Mitte November wieder aufgenommen werden können. Nun sind aber die ersten Plenarsitzungen nach der Pause schon mit allerlei anderem Beratungsstoff so reichlich belastet (Diszidentenfrage, nochmalige Beratung des vom Herrenhaus zurückgekommenen Schynsosanitätsgesetzes usw.), daß man vor der zweiten oder dritten Sitzung kaum mit der öffentlichen Besprechung der Heizungschwierigkeiten und der Ernährungsfragen wird beginnen können. Das bedeutet aber eine hinauschiebung der ersten Lesung der Wahlreformvorlage bis mindestens Ende November; denn ehe man an diese herangeht, will man mit der Behandlung aller wirtschaftlichen Fragen erst restlos zu Ende gekommen sein.

Im Saalfelder „Volksblatt“ erinnert der Sachsen-Meininger Landtagsabgeordnete Eckardt an das Versprechen des Staatsministers Schaller, „von dem Herzog die Ermächtigung zu erbitten, zum Zweck der Umgestaltung des Wahlrechts den Gesetzgebungsausschuß noch vor der nächsten Tagung des Landtags zu berufen, um mit ihm die erforderlichen Vorarbeiten zu erledigen“. Eckardt bemerkt hierzu, seitdem seien fünf Monate ins Land gegangen, und in kurzer Zeit müsse der Landtag wieder zur Etatsberatung berufen werden, aber noch immer warte man auf die Berufung des Gesetzgebungsausschusses. Eckardt vermutet, es sind Kräfte am Werk, welche die Einberufung zu hintertreiben wüßten. Er kündigt an, daß die sozialdemokratische Fraktion des Meininger Landtages nicht zum drittenmal ihre Wahlrechtsanträge künstlich bis zur letzten Sitzung der Tagungsperiode verschieben lassen wird. Auch werde sich das Meininger Volk nicht mit Fickwerk abgeben lassen; die Zeit sei reif für ganze Arbeit. Ein Wormalrecht werde man sich nach den gewaltigen Kriessopfern nicht bieten lassen; das werde schon die nächste Zukunft zeigen.

### Giesberts Berufung ins Reichswirtschaftsamt.

Das Zentrumblatt für den Wahlkreis Essen, die Essener Volkszeitung, erklärt, daß die Berufung des Zentrumsoberleitenden Giesberts, des Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Essen, zum Reichswirtschaftsamt als Tatsache angesehen werden könne, wenn die formelle Bestätigung auch noch ausstehe.

### Einer, der durchhalten kann.

Aus Köln wird uns geschrieben: In Köln blühte es den Beamten der städtischen Polizei, in der Wohnung eines Oberstabsarztes, der Leiter eines Lazarets ist, gewaltige Mengen eingekaufter Lebensmittel. Es wurden u. a. porcellane, über 100 Pfund Mehl, 50 Pfund Erbsen, 50 Pfund Bohnen, je 20 Pfund Sirle, Gerste und Graupen. Auch mit Geld war der Herr Oberstabsarzt mit zahlreichen Seiten reichlich ausgestattet. Vorhanden waren außerdem: Butter Eier, Fleisch und größere Mengen Backmittel.

### Schweden.

Der Rabinettschef. Die Rabinettschefen der dänischen Mitter anlässlich des schwedischen Rabinettschefs werden in Stockholm auch außerhalb der Inskriptionen Kreise mit Mithilberungen vernimmt da die Unwissenheit überreicht ist da auch die neue Regierung die Neutralitätspolitikonal vorzuziehen werde; in jenen Ausblicken der dänischen Mitter wird eine mäßige Einmischung in schwedische Angelegenheiten zu geben. Daß einzelne kon eronal be schwedische Mitter, die ihre Wohnniederlage nicht vor merden können Kassara drei arschaffen ist belanglos. Ein entschiedener Kon eronal vor, wie Professor Kjellen, sagte einem Stockholmer Berichterstatter, daß er bei aller Granerichkeit gegen die neuen Mitter überreicht sei, daß der neutrale Kurs der schwedischen Auslandspolitik beibehalten werde.

## Ungarn und den Nachbargebieten.

Dienstag, 23. Oktober.

### Die Bürgerschaft

erledigte in ihrer gestrigen Versammlung in verhältnismäßig kurzer Zeit eine recht reichhaltige Tagesordnung. Die eigentlichen Senatsvorlagen selbst wurden fast durchweg ohne wesentliche Erörterung verabschiedet, doch gelangten bei mehreren von ihnen andere für die Bevölkerung wichtige Fragen zur Verhandlung. Angeknüpft wurde die Beleuchtungsfrage und dabei von Herrn Albers und anderen Rednern gewünscht, daß nicht nur die Gas-, sondern auch die Elektrizitätsverbrauch zur Sparbarkeit gezwungen würden. Angeregt wurde ferner, auch den früheren Schluß der Kontore anzuordnen, nachdem man den 5-Uhr-Abendsschluß aus Gründen der Gas- und Kohlenersparnis eingeführt habe. Genosse Löwigt betonte die Notwendigkeit, wenigstens an einem Tage in der Woche die Verkaufsstellen bis 7 Uhr offen zu halten, um auch den Arbeitern, die man bisher darüber nicht einmal gehört habe, die Möglichkeit zu geben, ihre Einkäufe zu machen. Auch Genosse Henze äußerte sich zu dieser Sache. Vom Senatstische wurde leider keine Erfüllung dieses berechtigten Wunsches der werktätigen Bevölkerung zugesagt. Herr Heinrich Thiele trat dafür ein, die Geschäfte an den Sonntagen einige Stunden zu öffnen. Da aber nicht gehezt werden darf, ist es an kalten Wintertagen ein Ding der Unmöglichkeit für die kaufmännischen Angestellten, dann tätig sein zu können.

Genosse Ehlers trat in besonderer Weise für die Reisenden ein, die nachts auf dem hiesigen Bahnhofe eintrifften, mit dem nächsten Zuge weiterfahren müssen und nun nirgends ein Unterkommen finden. Der Bahnhof wird geschlossen, die Leute hinausgewiesen und gezwungen, die Nacht in Haustüren herumzuhaben. Diese unhaltbaren Zustände bedürfen dringend der Abhilfe. Weiter kritisierte Ehlers die hohen Zuschläge zu den Fahrkartenspreisen, die nur die Einnahmen der Bahnen vergrößerten und den Verkehr verteuerten, aber ihn nicht

## Der amtliche Kriegsbericht.

### Siegreiche Abwehr in Flandern. Infanterieschlacht bei Soissons. Große Kriegsbeute auf den russischen Inseln.

WAB. Großes Hauptquartier, 23. Okt. (Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

##### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die in Flandern zwischen Driehant und Poelkapelle sich gestern morgen entwickelnden Kämpfe dauerten bis gegen Abend. Die Ziele der französisch-englischen Angriffe lagen nach aufgefundenen Befehlen 2-2½ Kilometer hinter unserer vorderen Linie.

Der anfangs nur am Südrand des Houthousterwaldes tiefer in unsere Abwehrzone gedrungene Feind wurde durch Gegenangriff zurückgeworfen. Von dem Gegner herangeführte Verstärkungen konnten den geringen Raumgewinn von höchstens 300 Meter Tiefe bei 1200 Meter Breite nicht erweitern.

Bei Poelkapelle wurde im Hin- und Herbewegenden Kampf gegen die vormittags und erneut am Abend vorbrechenden starken Angriffe der Engländer unsere vordere Frontlinie behauptet oder zurückgewonnen.

Au den übrigen Stellen des Angriffsfeldes scheiterte der feindliche Ansturm völlig.

Tiefgegliederte Angriffe richteten sich auch gegen den Frontabschnitt beiderseits von Gheluvelt. Hier brach unsere Abwehrwirkung die Kraft des englischen Stoßes, der nirgends an unsere Hindernisse gelangte.

Franzosen wie Engländer hatten in unserem gegen das Kampfgebiet zusammengefaßtem Feuer schwere blutige Verluste und hohen Gefangene in unserer Hand.

Der gestrige Schlachtag in Flandern brachte uns einen vollen Erfolg.

##### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Artillerieschlacht nordöstlich von Soissons setzte gestern mittag mit voller Wucht wieder ein, nachdem es an dem nächsten Morgen bei geringer Feuerertätigkeit nur zu Gründungsvorfällen der Infanterie gekommen war.

Der Munitionseinsatz aller Kaliber erreichte am Abend im Kampfgebiet zwischen dem Willetgrund und Bray eine gewaltige Höhe. Bei Eintritt der Dunkelheit ließ das feindliche Feuer nach, um dann von Mitternacht an sich zu andauernder Trommelwirkung zu steigern.

Bei Hellwerden hat mit starken französischen Angriffen die Infanterieschlacht begonnen.

Auf dem östlichen Ufer der Maas kürzten ostfriesische Kompanien und Teile eines Sturmabteiles nach kräftiger Feuerbereitung die Höhe 326 südwestlich von Beaumont. Mehr als 100 Gefangene wurden eingebracht.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Gesamtbeute der Operationen gegen die Inseln im Rigaischen Meerbusen beträgt: 20130 Gefangene, über 100 Geschütze, davon 47 schwere Schiffgeschütze, einige Revolverkanonen, 150 Maschinengewehre und Mörser, über 1200 Fahrzeuge, gegen 2000 Pferde, 30 Kraftwagen, 10 Flugzeuge, 3 Staatskassen mit 255 000 Rubeln, große Vorräte an Verpflegungsmitteln und Kriegsgerät.

Zwischen Dniep und Schwarzem Meer kam es nirgends zu größeren Kampfhandlungen.

#### Mazedonische Front.

Bei Regenwetter ließ vormittags durchweg die Gefechtsertätigkeit nach. Abends nahm sie bei Monastir, im Cernabogen und vom Westufer des Wardars bis zum Doiran-See wieder an Heftigkeit zu.

#### Der Erste Generalquartiermeister.

Lubendoeff.

einchränken. Die maßgebenden Stellen Lübecks sollten dafür eintreten, daß diese Zuschläge wieder beseitigt werden. Auch Genosse Löwigt und Herr Thiele wandten sich entschieden gegen diese Maßnahme, die eine weitere indirekte Steuer darstellt. Herr Senator Dr. Eichenburg ließ erkennen, daß auch der Senat keine Freude daran habe. Aber seine Worte klangen so resigniert, daß man energische Schritte kaum erwarten darf.

Bei der Senatsvorlage auf Herstellung von fünf Kleinwohnungen auf der Ballastkühle kam Genosse Hoff auf die Wohnungsverhältnisse zu sprechen. Kinderreichen Familien, die nicht wohlhabend sind, ist es fast nicht mehr möglich, Wohnungen zu erhalten. Dabei gibt es Hausbesitzer, die lieber ihre Wohnungen leer stehen lassen, als sie an derartige Familien zu vermieten. Deshalb sei dringend notwendig die Schaffung eines Wohnungsamtes. Das erregte bei der Leitung des Hauses und Grundbesitzvereins Bedenken; man befürchtete Eingriffe des Staates in das freie Verfügungsrecht der Hauseigentümer und brachte deshalb das von Hoff gestellte Ersuchen in sehr verwaschelter Form an den Bürgerausschuß.

Zu einer längeren Aussprache führte der Senatsantrag auf Anstellung eines Kinderarztes am Kinderhospital, mit dem fastlich jeder einverstanden war, der aber in der Form nicht unbedenklich erschien. Er wurde deshalb an eine Kommission verwiesen. Dasselbe geschah mit einem Senatsantrag auf Erweiterung der Moislinger Schule. Die vom Senat gewünschte Verlesung des Rechtes zur Verteidigung ihrer Hypotheken an die staatliche Beleihungskasse wurde mit einer Einschränkung genehmigt, die in gewissen Fällen Senat und Bürgerausschuß ein Mitbestimmungsrecht gewährleistet. Die Stadthalle hat die Notwendigkeit dieser Einschränkung erwiesen. Um 9 Uhr wurde die Bürgerschaftssitzung geschlossen.

Mit demnächstigen außerordentlichen Bürgerschaftswahlen muß jetzt gerechnet werden. Nach der Feststellung des Wortführers in der gestrigen Bürgerschaftsversammlung beträgt die Zahl der Bürgerschaftsmitglieder gegenwärtig 109. Von diesen ist eines seit langer Zeit als Kriegsteilnehmer vermisst und muß leider als tot angesehen werden. Vorläufig steht dessen Name allerdings noch in der Bürgerschaftsliste. Wenn nun noch ein Bürgerschaftsmitglied durch irgend einen Umstand ausbleibt, so müssen

nach der Verfassung Ersatzwahlen vorgenommen werden. Wir weisen darauf hin und richten das dringende Ersuchen an alle Parteigenossen und Arbeiter, für den Erwerb des Bürgerrechts zu wirken.

Die Agitation für die sogenannte Deutsche Vaterlandspartei erfolgte auch in Lübeck in der schon von andern Orten her bekannten Weise. So werden an die Vorstände der hiesigen gewerblichen Innungen und an bestimmte Vertrauensleute bei den staatlichen Behörden Rundschreiben verandt, in denen zum Beitritt aufgefordert wird. Man war sogar bestrebt, Innungen zum korporativen Beitritt zu dieser politischen Organisation zu bewegen. Dabei gibt es eine nicht kleine Anzahl von Innungsmitgliedern und Beamten, die Einsicht genug besitzen, um klar zu erkennen, welchem Zweck diese „Vaterlandspartei“ in Wirklichkeit dienen soll. Durch solche Propaganda, die immerhin einen gelinden Druck gegen diejenigen in sich schließt, an die sie sich wendet, hofft man den Nachweis führen zu können, daß die Volksmassen nicht hinter dem Beschränkungsrieden stehen! Man wird sich dabei gründlich täuschen. Wer die wirkliche Massenverammlung, in der vor einigen Tagen Reichstagsabgeordneter Stücklen für baldigen Frieden und Freiheit sprach, mit dem Besuch der vaterlandsparteilichen Veranstaltung am Sonnabend verglich, dem kann niemand vormachen, daß hinter der Vaterlandspartei das Volk steht.

Daß auch die Leitung der Lübecker fortschrittlichen Volkspartei jede Gemeinschaft mit der sogenannten Vaterlandspartei ablehnt, haben wir bereits früher erwähnt. Herr Aug. Bape beabsichtigte eine entsprechende Erklärung in der Hermannsversammlung abzugeben, doch wurde ihm das vom Vorsitzenden nicht gestattet. Die „Freiinnige Zeitung“, das Berliner Organ der fortschrittlichen Volkspartei, bemerkt zu der Lübecker Werbetätigkeit der „Vaterlandspartei“, der man ja nach dem Vorbilde des Wolfes im Schafspelze einen möglichst harmlosen Anstrich geben möchte, folgendes:

Die Deutsche Vaterlandspartei wird in Lübeck durch einen kurzen Aufruf, in dem es heißt: „Zu inneren Fragen will unsere Vereinigung keine Stellung nehmen. Unser Zweck ist allein der, alle deutschen Männer und Frauen, ohne Unterschied der Parteirichtung, zusammenzuschließen, um der Reichsregierung bei der politischen Leitung des Krieges und bei den künftigen Friedensverhandlungen einen kraftvollen Rückhalt im deutschen Volke zu gewähren.“ Von der Reichstagsresolution vom 19. Juli ist hier also gar keine Rede mehr, der Zweck der Partei ist nur ganz phrasenhaft bezeichnet, so daß jeder sich daraus entnehmen kann, was er will. Das geschieht natürlich, um auch Angehörige der linksstehenden Parteien zum Anschluß einzufangen. Nach der inzwischen erfolgten Auffklärung aber ist kaum anzunehmen, daß jemand auf diese Miene harmloser Unschuld hereinfallen wird. Die mit der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei verbundenen Absichten ergeben sich deutlich aus den Aufrufen und der Wirksamkeit der Gesamtpartei. Mit der Opposition gegen die Friedensschließung des Reichstages ist jetzt allerdings kein Staat mehr zu machen. Dafür bleibt als Hauptwerk übrig die Verschiebung der inneren Reformen im Interesse der politischen Reaktion.

Eine gutbesuchte Kartellversammlung, zu der auch die Gewerkschaftsvorstände und die Arbeiterausschüsse der einzelnen Betriebe eingeladen waren, tagte am Freitag, dem 19. Oktober, im Gewerkschaftshause. Eingangs derselben verlas der Vorsitzende die Antworten, welche eingegangen sind auf die Eingaben der Kartellkommission an die zuständigen Stellen betreffs besserer Verteilung und Rationierung der Nahrungsmittel. Aus denselben war zu entnehmen, daß zum Beispiel bei Obst und Gemüse von Seiten Lübecks alles getan worden sei, was zur Beschaffung desselben möglich war. Wenn trotzdem sich Mängel bei der Versorgung herausgebildet hätten, so läge das nicht an den örtlichen Maßnahmen, vielmehr sei das Sache der Reichsstelle, von wo aus die ganze Regelung statte. Man habe von dort das Obst in großen Mengen den Marmeladenfabriken überwiesen, um aus Mangel an Fett Marmelade als Brotzusatz zu erlangen. In kleinen Mengen nur habe man Obst in den Handel gegeben. In bezug auf Verteilung von Zusatzrationen sei das Kaiser System erwogen (nach der Reichsverfäugungsordnung). Allerdings würden die einzelnen Zusatzrationen etwas kleiner werden. Betreffs der Knochenverteilung bei Cadow wurde eine gerechte Verteilung zugesagt. Man hat bereits zu diesem Zwecke in den einzelnen Betrieben über die Zahl der Beschäftigten Umfrage gehalten. Im übrigen würden in den nächsten Wochen, wenn die Abschlagungen beginnen, täglich circa 20-30 000 Pfund Knochen mehr zur Verfügung stehen. Bezüglich des Mehrverbrauchs von Gas der Minderbemittelten konnte Herr Direktor Saage keine Zugeständnisse machen. Die Kohlen- und Gasversorgung sei vom Reichskommissar angeordnet. Er könne nur zur Sparbarkeit raten. Nach langem Zögern sei man auch endlich in Lübeck zur Kohlenkartenausgabe gekommen. Wider Erwarten seien weniger Karten abgeholt worden als man angenommen hätte. Hieraus könne man den Schluß ziehen, daß der größte Teil von Haushaltungen sich voll und ganz eingedeckt habe.

Der von den Angestellten des Drägerwerkes in der letzten Kartellversammlung gestellte Antrag auf Einführung der achtstündigen ungeteilten Arbeitszeit wurde, nachdem man die einzelnen Gewerkschaften gehört hatte, abgelehnt. Fast alle Redner waren der Ansicht, daß es unmöglich sei, bei der gegenwärtigen Ernährung acht Stunden hintereinander ohne längere Pause zu arbeiten. Zu einer längeren Aussprache gab der vom Postamt fürstlich festgesetzte 5-Uhr-Abendsschluß Anlaß. Es sei geradezu für den Arbeiter unmöglich, sich die nötigen Bedarfsartikel zu beschaffen. Hier müsse eine Veränderung eintreten. Entweder man müsse des Abends die Verkaufszeit länger ausdehnen, oder man müsse den Arbeitern am Tage genügend Gelegenheit geben, seine Einkäufe zu machen. Natürlich dürfte hierdurch den Arbeitern ein Lohnausfall nicht entgehen. Hierzu lagen drei Anträge vor: einer vom Transportarbeiterverband, der besagte: Die Kartellkommission möge bei der Behörde dahin wirken, daß der Abendsschluß an einem oder an zwei Tagen in der Woche bis auf 8 Uhr abends ausgedehnt wird. Ferner ein Antrag, der die Kartellkommission beauftragt, dahin zu wirken, daß sämtliche Betriebe des Sonntags nachmittags 2 Uhr geschlossen werden, ohne daß die Arbeiter einen Lohnausfall erleiden. Und endlich ein Antrag, welcher besagt, die Kartellkommission möge sich an die maßgebende Stelle wenden, daß die Verkaufszeit besonders für Fleischwaren am Freitag und Sonnabend bis um 7 Uhr abends ausgedehnt werde. Letztere beiden Anträge wurden einstimmig angenommen. Des weiteren kam ein Antrag der Bauarbeiter einstimmig zur Annahme: Die Kartellkommission wird beauftragt, bei der Behörde vorstellig zu werden, um den Kartoffelpreis für Minderbemittelte auf 5,50 Mk. herabzusetzen und den daraus entstehenden Verlust aus Staatsmitteln zu decken.

Am Schluß der Versammlung wurde vom Genossen Mehrlein noch auf den am 4. November vom Lehrverein veranstalteten Preisabend hingewiesen. Der Eintrittspreis sei auf 50 Pf. inkl. Programm und Garberode festgesetzt. Es sei notwendig, daß sich auch die Arbeiter etwas mehr für Kunst und Musik interessieren. Des weiteren habe sich auch in Lübeck wie in anderen Städten ein Theaterverein gegründet, der den Zweck habe, für wenig Geld etwas Gutes und Erntklaffiges zu bieten. Der Jahresbeitrag sei auf 10 Pf. festgesetzt worden. Es seien sechs Vorstellungen geplant. Die Plätze für alle sechs Vorstellungen seien zum Preise von 3 Mk., 6 Mk. und 12 Mk. zu haben. Die Vorstellungen sollen an Wochentagabenden stattfinden. Auch hier ist die rege Beteiligung besonders aus den Arbeiterkreisen erwünscht.

### Gibt es kein Halten mehr?

In der Verbrauchswirtschaft im Kriege, die vom Kriegsausbruch für Konsumenten-Interessen in Berlin herausgegeben werden, lesen wir:



Die Preise für die Waren des täglichen Bedarfs haben heute eine Höhe erreicht, die Schwere erzeugt. Ganz allmählich sind sie auf das Doppelte, das Dreifache, das Vier-, ja Fünffache angewachsen. Und noch immer steigt die Welle. Es scheint kein Halt zu geben.

Erstaunlich hoch ist der Kartoffelpreis hinaufgeschraubt worden. Die Kartoffel soll uns für die kommende Wirtschaftperiode über Wasser halten. Es scheint aber, daß das an den Preisen scheitern wird. Zehn Mark je Zentner wird der Herbst- und Winterpreis sein. In dem Erzeugerpreis von 5 bzw. 6 Mk. für den Zentner treten im Gegenlag zu dem Vorjahre allerlei Prämien für die schnelle Lieferung, für die Anfuhr. Da der Handel mit Kartoffeln zugelassen ist, kann man gespannt sein, wie die Entwicklung sich weiterhin gestalten wird. Ohne Propheeten-gabe kann man schon jetzt nachsehen, daß zum Frühjahr hin der Preis eine weitere Aufwärtsbewegung machen wird. Ja, es taucht die bange Frage auf, ob dann überhaupt noch Kartoffeln zu haben sind, trotz der guten Ernte.

Wie der Kartoffelpreis, befinden sich alle anderen Preise in der Aufwärtsbewegung, so für Brot, Butter, Milch. Die Fleischpreise werden bald nachfolgen. Die Eier haben erst eben einen gehörigen Aufschlag nach oben getan.

Schlimmer als mit diesen rationierten Waren steht es mit Obst und Gemüse. Immer höher sind diese Preise geklettert. Trotz der enormen Höchstpreise herrscht das größte Chaos. An die Sortierung kehrt sich kein Mensch. Für den festgesetzten Preis der ersten Sorte von 65 Pfg. erhält der Verbraucher das unmöglichste Gemisch angeboten.

Noch toller ist es auf dem Gemüsemarkt. Die Preise botanieren auf schwindelnden Höhen. Will der Verbraucher etwas haben, so ist er gezwungen, jeden Preis zu bezahlen, der ihm abverlangt wird. An Höchstpreise kehrt sich niemand.

Die schwindelhafteste Entwicklung jedoch finden wir bei den sonstigen Waren. Man sehe sich das Volksgüter im Bekleidungsgebiet eine einmal an. Von Woche zu Woche, von Monat zu Monat wird er höherer Preisstand erreicht. Ebenso steht es mit den Haus- und Küchengeräten, von allen anderen Geschäftszweigen ganz zu schweigen.

Die Quelle dieser „Hochkonjunktur“ ist bei den Erzeugern und Fabrikanten zu suchen. Während diese andernorts geradezu joweverant sind und waffen, ist den Kleinhandlern oft nur ein Verdienst von 10 Prozent eingeräumt. Natürlich kann bei den heutigen Verkaufsprämissen kein Mensch davon sein Leben fristen und die Folge ist, daß sie sich nach Auswegen suchen, wo es eben geht. Die Lasterer dieser Wucherwirtschaft sind natürlich die Verbraucher, während sie nicht ein- noch auswissen. Gibt es denn kein Halten mehr?

**Milch — Zucker — Fische.** Die Berliner Pressevertreter waren am Sonntag nach dem Kriegsernährungsamt geladen worden, um Mitteilungen über die künftige Nahrungsmittelversorgung entgegenzunehmen. Diesmal handelte es sich wieder um die Milch, den Zucker, die Fische. In der Regel sind es keine erfreulichen Nachrichten, die hier über die Nahrungsmittelversorgung gegeben werden, so auch diesmal. Das Frischmilch, das unsere ganze Nahrungsmittelversorgung im allgemeinen gemacht hat, wird sich auch im vierten Kriegswinter nicht behaupten lassen. Gegenüber den Gerüchten, die Butterlieferungen an die Konsumenten würden eingeschränkt, wurde mitgeteilt, man werde sich bemühen, die jetzige Menge an Butter nicht zu veräußern. Die Milch sei zwar insofern schlechter, als sie teilweise sehr zurückgegangen, doch läßt sich die jetzt einsetzende Nebenversorgung eine Wiederherstellung erwarten. Säuglingsmilch müsse man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß mehr Margarine und weniger Butter geliefert werde. Um die Milch auf dem Wege noch zuverlässiger erhalten zu können, die jetzt noch stellenweise entzogen und in harschen Mägen an Ort und Stelle verpackt werden, soll demnächst eine neue Milchversorgung herausgegeben werden, deren Einzelheiten noch nicht ganz feststehen. Man plant, die Milch auch für die Selbstversorger zu rationieren und auch in den kleinen Orten die Milch nur auf Karten oder Listen abgeben zu lassen.

Die bisher gelieferte Zuckermenge von 800 Gramm pro Kopf und Monat hofft man beibehalten zu können, aber der Zuckerpreis wird erhöht. Anlaß hierzu soll der vom Reich festgesetzte höhere Nebenpreis gegeben haben, der von 1,50 Mk. auf 2,50 Mk. für den Zentner angehoben ist. Der Zuckerzettelungspreis wird im Mittel steigen von 20 Mk. auf 30 Mk. der Zentner. Doch wird durch Ausgleich dafür gesorgt, daß der den Gemeinden für die Bevölkerung gelieferte Zucker nur etwa 30 Mk. kostet. Der Kleinhandelspreis dürfte sich dann auf 35 bis 40 Pfg. das Pfund stellen, also rund 10 Pfg. teurer als jetzt.

Ueber die Fische konnte wenig gesagt werden. Die Einfuhr aus dem Ausland ist bisher gering und der eigene Fang ergebnislos. Die Auskäufe auf bessere Nebenversorgung sind also auch weiterhin gering. Auch mit den Suppenwurstwaren kann nicht gerechnet werden, weil bezüglich der künftigen Rationierung mit Meis und dergleichen gering ist. Auf dem Gebiet der Fischlieferung soll es demnächst etwas besser werden.

Also nichts als Hoffnungen, Versprechungen und Verheißungen. Unsere ganze Lebensmittellieferung ist von Anfang an nicht richtig angefaßt worden; nun sollen sich die gemachten Fehler nicht wieder gutmachen.

**Kartoffeln.** Ueber die Verwendung der im künftigen Staatsernährungsamt rationierten Kartoffeln herrscht noch immer Unklarheit. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß nach

den Bestimmungen vom 15. September ds. Js. ein Fünftel des Ernteertrages zur Deckung der zum Verfügen freigegebenen Kartoffeln und der Verluste durch Schwund gerechnet wird. Zur Verfügbarmachung freigegeben sind nur umgewundene Kartoffeln oder kleine Kartoffeln bis zu einer Größe von einem Zoll (2,72 Zentimeter). Verboten ist also das Verwenden gesunder Kartoffeln oder solcher Kartoffeln, welche größer als ein Zoll sind, zu Futterzwecken; insbesondere dürfen sie auch nicht eingeschlampt oder eingekläutert werden, um später zum Verfüttern verwendet zu werden. Für den eigenen Bedarf des Kartoffelerzeugers und seiner Wirtschaftsangehörigen werden 5,5 Zentner freigegeben. Hinzu kommen für diejenigen Kartoffelerzeuger, welche in bezug auf die Brot- und Mehlversorgung als Selbstversorger gelten, 0,58 Zentner Kartoffeln, welche zur Streckung des Brotes dienen. Als Saatgutbedarf sind für jedes Hektar der Kartoffelanbaufläche 40 Zentner zurüchzustellen. Der gesamte Rest der Kartoffelernte ist als Speisekartoffeln dem Verbrauch der städtischen Bevölkerung zuzuführen, entweder unmittelbar an den Verbraucher gegen Einziehung der Kartoffelkarte oder an die städtische Kartoffelstelle. Der Erzeuger erhält bei dem Verkauf verlorener Speisekartoffeln frei Bahnwagen der nächstliegenden Bahnstation oder frei Lager der städtischen Kartoffelstelle 5 Mk., zuzüglich 50 Pfg. Schnelligkeitsprämie und einer Anfuhrprämie in Höhe von 5 Pfg. für jedes angefangene Kilometer. Das erste Kilometer bleibt außer Betracht; frei Haus des Verbrauchers 7 Mk., für den Zentner. Für unversehrte Kartoffeln ermäßigen sich die Preise um 80 Pfg. Schnelligkeits- und Anfuhrprämien fallen mit dem 15. Dezember 1917 fort. Der Preis frei Haus des Verbrauchers ermäßigt sich von dann ab auf 6,25 Mk. Tägliche Ueberlieferung dieser Preise ist strafbar. Es dürfen insbesondere für die Lieferung bestimmter Kartoffelsorten oder für sonstige besondere Leistungen, wie für die Benutzung von Säcken usw. besondere Gebühren nicht berechnet werden. Die Vergütung für alle diese Leistungen ist in den vorstehenden Preisen mit enthalten.

Zugunsten der Schwelternspende haben am gestrigen Montag die Behörden genehmigten Hausnummern abgenommen und werden während dieser Woche ihren Fortgang nehmen. Die Sammlerkarten werden eine Liste in grauem Umschlag, der mit einem Stempel „Schwelternspende Ortsauschuß Lübeck“ in der rechten Ecke oben versehen ist, zur Einzeichnung vorlegen. Der Liste vorgeliefert ist ein Ausweis, der den Namen der Sammlerin trägt und von der Bezirksvorsitzenden eigenhändig unterschrieben ist, damit jeder Hausbewohner in der Lage ist zu prüfen, ob die vorliegende Liste tatsächlich für die Schwelternspende bestimmt ist. Die Liste selbst ist mit einem roten Wellen-Kreuz der Schwelternspende bedruckt. Es werden alle Zeichner gebeten, genau auf diese Merkmale zu achten.

Bei den Niederlassungen der Holstenbank sind, wie uns berichtet wird, über 18 Millionen Mark auf die 7. Kriegsanleihe geschätzt worden.

### Schulfragen.

#### Die Begabung der Kinder.

Bald hat jede Wissenschaft behaupten müssen, die Begabungsüberlegenheit der Oberschichten über die unteren zu beweisen. Biologie, Erbschaftslehre, die Gesellschaftswissenschaft — alle sollten sie eine Minderbegabung der Massen „beweisen“ haben, obwohl die Frage s. Z. noch gar nicht experimentell untersucht worden war, s. Z. auch gar nicht mit den Hilfsmitteln dieser Wissenschaften erfaßt werden kann. Die Behauptungen waren immer nur ein Weitertragen des Hörensagens. Wirkliche Untersuchungen der etwaigen Begabungsabstufungen nach Gesellschaftsschichten sind bisher nur der angewandten Psychologie möglich und sind auch bisher nur von ihr angestellt worden. Die Begabungsforschung, eine Sonderaufgabe der angewandten Psychologie, hatte sich der Frage nach dem Begabungsaufbau der Gesellschaft gewidmet. Sie steht zwar auch noch in den ersten Anfängen; aber schon waren die wenigen Ergebnisse, die auch nur leise auf eine Minderbegabung der Unterschichten hinzudeuten schienen, mit begieriger Eile aufgegriffen worden, um den vom alten periphrastischen Troian bis zum modernen Europa geheiligten Lieblingssatz der Oberschicht neu zu „beweisen“. Die gesellschaftliche Schichtung folgt aus der Begabungsverteilung, die oberen Schichten enthalten die Tüchtigsten, die unteren die Minderbegabungen. Eine Preisarbeit der Robert-Kühmann-Stiftung, „Die bisherigen Forschungen über die Begabungsverteilung nach sozialen Schichten“ von Dr. O. Karstädt bietet nun zum erstenmal eine Darstellung, Uebersicht und Nachprüfung aller irgendwie in Betracht kommenden wissenschaftlichen Untersuchungen. Das Ergebnis ist überraschend. Karstädt teilt die Untersuchungen ein in Vergleiche der Prüfungsergebnisse 1. in verschiedenen Ländern (zwischenstaatlicher Vergleich), 2. innerhalb eines Schulortes, wobei wieder Vergleiche der Kinder verschiedener Schulstufen (höhere und niedere Schulen), verschiedener gelegener Schulen (wohlhabende und ärmere Stadtviertel) und der reicheren und ärmeren Kinder einer Schule unterzogen werden.

Bei den zwischenstaatlichen Vergleichen zeigt sich nun, daß nur starke Voreingenommenheit und größte Uebersetzungsirrtümer die üblichen Folgerungen verschuldet haben. Die „beweisene“ Rückständigkeit ärmerer Kinder war z. B. gefolgert aus dem Prüfungsergebnis an russischen, fast buchstabenlosen, zu spät eingeschulerten Kindern, der geistige Entwicklungsstand vornehmster Kin-

der aus einem beginnenden Prüfungsverfahren eines Brilleler Privatstuhlleiters an den Schülern seiner eigenen Anstalt; Volksschulkindern mit gutem Ergebnis waren wegen starker Voreingenommenheit der Forscher als aus „besten Kreisen“ stammend angenommen worden und — leider! — so weiter! Den stärksten Begabungs- und Entwicklungsursprung nach den Ergebnissen der zwischenstaatlichen Untersuchungen zeigen nicht Kinder der höchsten Gesellschaftsschichten, sondern Volksschüler. Bei den Vergleichen innerhalb desselben Schulortes zeigen sich solche wirren Widersprüche und Schwankungen der Ergebnisse gegeneinander, daß sie sich einfach aufheben.

Im ganzen hat Karstädt 20 Untersuchungen nachgeprüft. Seine Uebersicht zeigt folgendes Ergebnis: Von 20 Untersuchungen scheiden 4 als gänzlich unzulänglich aus; von den übrigen 16 zeigen 6 eine Beziehung zwischen Begabung und Gesellschaftsschichtung, 4 keine und 6 eine umgekehrte Beziehung, d. h. nach 6 Untersuchungen waren tiefer stehende soziale Schichten den höher liegenden an Begabungsleistungen überlegen. „Es ist demnach ein Irrtum, daß die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begabungsforschung eine Minderbegabung der unteren Schichten beweisen hätten. Von einer Uebereinstimmung dieser Ergebnisse, die auch oft behauptet wird, kann erst recht keine Rede sein.“ Karstädt behauptet aber keineswegs eine höhere Befähigung der unteren Schichten, nicht einmal die Unabhängigkeit von Tächtigkeit und Gesellschaftsstellung, sondern er zeigt nur so starke Abweichungen in den Prüfungsergebnissen auf, daß er zur Folgerung berechtigt ist: die gegenteiligen Behauptungen über eine einseitige Abhängigkeit der Begabung von der sozialen Schichtung finden in den bisherigen Untersuchungen keine Bestätigung. Es handelt sich bei den Begabungsprüfungen noch um Vorfragen, und aus Vorfragen folgert man keine Gesetze. Die merkwürdig weitgehenden Folgerungen über die Begabungsverteilung nach Gesellschaftsschichten sind schon darum ganz unzulässig und entbehren jeder wissenschaftlichen Begründung.

## Neueste Nachrichten.

**Berlin, 22. Oktober. (Amtlich.)** Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 15 000 Br.-Reg.-Lo. versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein bewaffneter anscheinend mit Erz beladener Dampfer, ferner die englischen Schoner „Halayene“ mit Kohlenladung und „Joshua“ mit Porzellanerde nach Dieppe. Eines unserer Unterseeboote hatte im Englischen Kanal ein Geschicht mit einer U-Boot-Falle in Gestalt eines verdeckt bewaffneten Dreimastschuners, in dessen Verlauf der Segler zwei Treffer erhielt, einen durch die Takelage, einen zweiten in den Schiffsrumpf.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

**Genf, 22. Oktober.** Mit großer Schnelligkeit operierte, wie Pariser Mütter aus Newyork melden, das deutsche Unterseeboot, das den amerikanischen Transportdampfer „Antilles“ (6878 Lo.) versenkte. Seit der Versenkung der „Austonia“ habe kein Schiffsverlust in Amerika so schmerzhaft berührt, einerseits wegen der großen Zahl der Vernichteten, die 67 beträgt, dann aber auch wegen der schweren Besorgnis bezüglich der weiteren Transporte von und nach Amerika. — Nachträglich wird von dem Honorer „Progress“ noch gemeldet, daß außer der in Philadelphia im Jahre 1917 erbauten „Antilles“ auch das neue Transportschiff „Minnesota“ mit Kriegsmaterial an Bord, von einem Unterseeboot versenkt wurde.

**Genf, 2. Oktober.** Nach einer Pariser Privatmeldung soll der Rücktritt des französischen Kabinetts unmittelbar bevorstehen. Painlevé Nachfolger werde Viviani oder Barthou werden. Ueber London wird berichtet: Die Kammerfraktion der französischen Sozialisten wünsche noch in dieser Woche eine Geheimnissitzung zur Besprechung der Friedensfrage.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Neher & Co. Samtlich in Lübeck.

## Gelesene Nummern des „Volksboten“

bitten wir nicht wegzuerwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für kein Parteiblatt zu werden.

**Bestimmung von Spinnpapier, Papiergegenstand, Zellulosegarn und Papierbindfäden, sowie Meldepflicht über Papiergarnherzeugung**  
wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs- und Amtsblätter) veröffentlicht und liegt bei den Bezirksbehörden zur Einsicht aus.  
Lübeck, den 22. Oktober 1917.  
Zentralver. Generalkommando IX. H. A.

**Konsumverein für Lübeck u. Umg.**  
e. G. m. b. H.  
Am Sonntag mittag verschied nach kurzer schwerer Krankheit der Lagerhalter unserer Warenabgabestelle in Ratzeburg

**Paul Linke.**  
Bis kurz vor seinem Tode hat der Verstorbene treu und gewissenhaft seine ihm obliegenden Arbeiten ausgeführt. Er hat sich die Achtung von uns und seinen Mitgliedern in reichem Masse erworben.  
Ehre seinem Andenken!  
Der Vorstand und Aufsichtsrat.

**Blockwagen.**  
Johannstr. 16.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen**  
Bezirk Lübeck.  
Blüchlich und unerwartet durch nach kurzer Krankheit unser treuer Kollege, der Lagerhalter

**Paul Linke**  
in Ratzeburg.  
Wir werden demselben ein dauerndes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in Ratzeburg statt.  
5252: Die Ortsverwaltung.

**Röhrenmaschinen repariert**  
Otto Iden, Ratzeburg.  
Segebergstraße 22.

**Heines Werke**  
3 Bände 5.— Mk.  
Buchhandl. Fr. Meyer & Co. Johannstr. 16.

Nach kurzem schwerem Leiden entschlief am Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr in seinem 42. Lebensjahre mein lieber guter Mann, meines Sohnes treuorgender Vater, unser lieber Sohn, Schwieger- und Bruder, Schwager und Onkel  
(3259)

**Heinrich Alwert.**  
In tiefstem Schmerz  
**Maria Alwert geb. Duwe**  
nebst Sohn und allen Angehörigen.  
Lübeck, Strömstr. 12.  
Beerdigung Sonnabend, Beginn der Trauerfeier 1 1/2 Uhr in der Kapelle des Bornorter Friedhofes.

**Großindustrie und Kriegswirkungen.**  
Von Richard Woldt.  
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.  
**Hansa-Theater.**  
Mittwoch, den 24. Oktober, abends 7 Uhr: (3255)  
**Die Königin der Luft.**

**Sozialdemokrat. Verein Lübeck.**  
Am Sonntag verstarb unser treues Mitglied  
**Heinrich Alwert.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Bestattung findet am Sonntag mittag 1 1/2 Uhr auf dem Bornorter Friedhof statt. Die Mitglieder, welche daran teilnehmen, versammeln sich um 1 1/2 Uhr vor dem Eingang des Friedhofes.  
3261 Der Vorstand.

**Stadttheater.**  
Dienstag, den 23. Oktbr. 1917  
Anfang 6 1/2 Uhr:  
**Lohengrin.**  
Mittwoch, den 24. Okt. 1917  
Anfang 7 Uhr:  
**Die Kaiserin.**  
Donnerstag, den 25. Okt. 1917  
Anfang 7 Uhr:  
Auf Wunsch:  
**Iphigenie auf Tauris.**

**HANSA-THEATER.**  
Freitag, 26. Oktober, abends 7 Uhr  
Vortragsabend  
**Otto Ernst**  
Vortrag eigener Dichtungen.  
Karten: Musikalienhandlung Robert, „Hörsionhaus“, Zigarrenhandlung Röhrich, Holstenstr. und an der Theaterkasse. (3254)



## An die Parteigenossen im Agitationsbezirk Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck.

Der Beschluß des Bezirksvorstandes findet  
am Sonntag, 4., und Montag, 5. November 1917,  
im Gewerkschaftshaus in Kiel ein

### Bezirks-Parteitag

statt. Die Eröffnung des Parteitages erfolgt am 4. November,  
vormittags 11 1/2 Uhr.  
Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt fest-  
gesetzt:

1. Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Tagesordnung und Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
  2. Bericht des Bezirksvorstandes. Berichterstatter: H. Kürbis.
  3. Ackerberatung.
  4. Bericht über die Presse.
  5. Die Aufgaben der Partei in der nächsten Zeit. Referent: Ed. Adler.
  6. Anträge und Resolutionen.
  7. Bestimmung des Sitzes und Wahl des Vorsitzenden des Bezirksvorstandes.
  8. Bestimmung des Sitzes der Pressekommision und Ort des nächsten Parteitages.
- Anträge, die in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen, müssen bis zum 13. Oktober an den Bezirksvorstand eingesandt werden.

Die Wahlen der Delegierten regeln sich nach § 5 unseres Organisationsstatuts. Die Mitgliederzahl wird nach der Zahl der zahlenden Mitglieder berechnet. Die vom Beitrage befreiten weiblichen Mitglieder können mitgerechnet werden.

Die Delegierten werden ersucht, dem Bezirksvorstand sowie dem Lokalkomitee, dessen Adresse lautet:

Carl Rak, Kiel, Fährstraße 24,

von ihrer Wahl 14 Tage vor Stattfinden des Parteitages Mitteilung zu machen.

Wegen der Schwierigkeit der Beschaffung eines Logis ist diese Mitteilung unbedingt erforderlich. Später eingehende Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Brot- und Fleischkarten sind gleichfalls mitzubringen.

Litona, Blücherstraße 28, 18. September 1917.

Der Bezirksvorstand.

J. U. Heintz Kürbis.

### Antrag:

Der Bezirksparteitag wolle beschließen:

- a) Der Bezugspreis der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und der der „Flensburger Volkszeitung“ beträgt ab 1. Januar 1918 pro Monat 1,10 Mk.
  - Der Bezugspreis für die Krause der Kriegsteilnehmer beträgt ab 1. Januar 1918 0,80 Mk. pro Monat.
  - b) Die Kolportagen werden ab 1. Januar 1918 gemeinsam durch den Bezirksvorstand und die Geschäftsleitung neu geregelt. Soweit über die nach geschäftlichen Grundsätzen festzusetzenden Ausgaben des Geschäftes an einzelne Kolportagen Zuschüsse erforderlich sind, werden sie vom Bezirksvorstand getragen.
  - Dem Bezirksvorstand werden zur Leistung dieser Zuschüsse vom Geschäft pro Monat und Kolportament fünf Pfennig zur Verfügung gestellt.
  - c) Der Bezirksvorstand wird beauftragt, mit der Geschäftsleitung des „Hamburger Echo“ Verhandlungen zu führen mit der Maßgabe, eine gleiche Regelung wie unter b) auch für die Kolportagen des sechsten, achten und zehnten Kreises zur Durchführung zu bringen.
- Dem nächsten Bezirksparteitag ist darüber Bericht zu erstatten.

Die Geschäftsleitung. Die Firmenträger.  
Der Bezirksvorstand. Der Bezirksvorstand.

## Fiat justitia!

Von Th. Mügge.

### 7. Fortsetzung.

Glücklicherweise gab es aber auch wenige Männer, welche diese Mängel empfanden. Die allermeisten verlangten von ihren Frauen nichts weiter, als was diese an Gemüßen geben konnten, und wer, wie Herr von Neudorf, nicht damit zufrieden gestellt ward, galt als Narr und Kamel. Die eiserne Strenge, mit welcher König Friedrich Wilhelm der Isthmischen Wirtschaft an seines Vaters Hofe ein Ende gemacht hatte, war aber dennoch nicht eifern genug, um die Gesellschaft so umzuformen, wie er sie haben wollte; jeder versteckte seine Sünden gegen die Befehle und Geheiß so viel er konnte, geschäftig aber wurde vor wie nachher, und so war es auch mit diesem einflussreichen, unempfindlichen Major. Hatte ein Spion das Zimmer untersucht, in welchem man meinte, er studierte bis in die tiefe Nacht hinein, so würde er gefunden haben, daß die Lampe darin niemandem zu irgend einer Arbeit leuchtete. Der Major war nicht zu Haus. Ein alter Diener, der seinem Herrn mit Leib und Seele zugetan war, lag gewöhnlich auf dem ledernen Kanapee, wachte ab und zu auf, um die Lichtputz zu gebrauchen, und horchte so lange auf jedes Geräusch, bis er seines Herrn Schritt und Tritt erkannte, wenn dieser in der Nachmittagszeit heimkehrte. Auch heute ließ Herr von Neudorf, als es dunkel geworden, die Lampe auf seinem Schreibtische anzünden, gab dem Diener einige Verhaltensmaßregeln, hüllte sich in einen Mantel, dessen Kragen er dicht um sein Gesicht zusammenzog und verließ dann seine Wohnung. Er schlug einen Weg ein, der ihn, wenn auch nicht in gerader Richtung, zu jenem neu angelegten und im Bau begriffenen Stadteile brachte, wo vereinzelte Häuserzeilen und Häusergruppen die Straßen andeuteten, welche im Entstehen begriffen waren. Wohlbetan mit jeder Vertikalität, schlug der Major verächtliche Nebenwege ein, schmale Gassen, wilden Gartenmäuren und wüsten Plätzen, Pfade, welche durch Gebüsch und Sumpfstellen ihn bis in die Nähe eines entlegenen Lotes brachten: Die innere Stadt wurde mit öffentlichen Laternen in den Hauptstraßen erleuchtet, hier jedoch herrschte eben sowohl tiefes Schweigen, wie vollkommene Finsternis. Der König hatte vor einiger Zeit auf Befehl des Königs und Zerstörung der Laternen Brandmarung an der Stirn und mehrjährige Karrenstraße gelegt, auch war streng verboten worden, daß jede ehrbare Person aus dem Bürgerstande abends mit einer Handlaterne versehen sein sollte; wer dawider handelte, sollte von den Patrouillen festgenommen und an Geld oder Leib gestraft werden. Solche Bestimmungen schienen einerseits nötig der öffentlichen Sittlichkeit wegen, andererseits waren die nächtlichen und entlegenen Straßen nicht allzu sicher. Die Soldaten, meist

## Verammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 22. Oktober.

Der Vorsitzende Dr. Gorch eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Minuten. Er widmet dem verstorbenen Bürgerchaftsmitglied Wedelhoff einen ehrenden Nachruf. Die Zahl der Bürgerchaftsmitglieder beträgt jetzt noch 109. Weiter wird mitgeteilt, daß der Senat dem Feldmarschall Hindenburg das Ehrenbürgerrecht erteilt hat.

An Stelle des Herrn Wedelhoff wird Herr Niemann (Schlutup) in den Bürgerchaftsrath gewählt.

Der Senat gibt bekannt, daß auf Antrage des Herrn Gent 12 Fußwege über landwirtschaftliche Gebiete aufgehoben wurden; wegen 4 weiteren schweben noch Verhandlungen mit auswärtigen Regierungen, und 3 Fußwege werden gesperrt, wenn das Korn auf dem Halme steht.

1. Antrag: Gewährung einer jährlichen Beihilfe von 3000 Mark an den Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde.

2. Antrag: Verlängerung der Amtszeit der bürgerlichen Mitglieder bei der Behörde für Wohnungspflege.

Werden mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Nachträgliche Bewilligung und Anweisung der den Behörden im Rechnungsjahre 1916 aus Umlag des Krieges erwachsenen außerordentlichen Ausgaben.

Albers beschwert sich, daß nur Ladeninhaber und nicht andere Kaufleute von der neuen Steuerparnis betroffen werden. Man könne die Einschränkung wohl verstehen, wenn sie gleichmäßig gehandhabt werde. Ferner bringt der Redner Klagen über die Zuckerverteilung an die Händler zur Sprache. Ihr Manko sei zu groß.

Senator Straß: Die Reichsstelle liefere Brutto für Netto. Man habe die Verteilung stets so gehandhabt.

Dr. Ziehl spricht ebenfalls zur Beleuchtungsfrage. Er kritisiert, daß diejenigen, die voriges Jahr ihren Bedarf eingeschränkt hätten, jetzt doppelt benachteiligt seien. Das erzeuge Unmut. Unverständlich sei, daß die Besitzer von elektrischem Licht keiner Verbrauchsbeschränkung unterzogen seien.

Senator Straß: Eine Verordnung sei darüber jeden Tag von Berlin zu erwarten, eine Vorbedeutung hierfür sei ja auch der eingeschränkte Straßenbahnbetrieb.

Ziehl schließt sich den Ausführungen von Albers an. Auch sei es ungerecht, daß die Händler die Marken voll für Zucker abliefern müßten, obwohl sie pro Zentner 3 Pfund Mindergewicht bezogen hätten.

Senator Straß: Bei der Ablieferung der Zuckermarken wird stets liberal vorgegangen.

G. Ehlers lenkt das Augenmerk auf Mißstände auf dem Bahnhof. Da die Wartefälle am Bahnhof zu frühzeitig geschlossen würden, hätten die mit den letzten Zügen ankommenden Reisenden, die über keine großen Mittel verfügten, keine Unterkunft. Den Wartesaal 4. Klasse habe überhaupt die Militärbehörde mit Beschlag belegt. So müßten Reisende, die mit dem Berliner Zug um 12 Uhr, dem Mecklenburger um 12,30 und dem Hamburger um 12,50 ankommen und nicht weiterreisen können, nicht, wöhin sie zu so später Stunde sollten, denn im Bahnhof würden sie herausgeschmissen. Wenn die Bahnhofsverwaltung nicht für Unterkunft zu sorgen brauche, dann sei solches Pflicht der Stadt, damit das Gastrecht von Lübeck nicht in schlechtes Licht gerate. Jetzt könne man um Mitternacht unter den Haustüren um den Bahnhof herum Leute stehen sehen, die dort den Morgen abwarten. Daß so etwas hier vorkomme, sei geradezu ungeheuerlich. Da zudem die letzten Züge fast regelmäßig mit Verspätung eintröffen, (der Mecklenburger Zug am Sonntag kam erst 5 Minuten vor 3 Uhr) könnten die Minderbemittelten die teuren Hotels nicht aufsuchen, was sich auch schon wegen der kurzen Zeit nicht lohnte. Wenn also die Bahn nicht verpflichtet sei, für Warteaufenthalt zu sorgen, dann müßte die Polizeibehörde dafür eintreten, daß so etwas nicht vorkomme. Frauen und Kinder dürfe man nicht so auf die Straße setzen. Ferner kommt der Redner auf die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise zu sprechen, die in weiten Bevölkerungskreisen mit Unmut aufgenommen wurden. Weber handelt sich nach Kinderbemittelte seien damit einverstanden. Die ganze Fahrpreisverteuerung bedeute nur eine heimliche Bereicherung der Bahn. Das Reisen werde dadurch nicht eingeschränkt, das könne höchstens durch Ausfall von Zügen geschehen. Wer fahren muß, empfinde die ungeheure Verteuerung als eine Ungerechtigkeit. Dagegen müsse der Senat seinen Einfluß geltend machen. Der Kaufmann könne den Schaden durch erhöhte Preise wettmachen, aber der Minderbemittelte und Arme, der gezwungen gemachten fahren müsse, finde es für ungerecht. Der Senat solle hierauf sein Augenmerk lenken und für Abhilfe sorgen.

Senator Dr. Eschenburg: Der Senat hat seine Bedenken gegen die Fahrpreisverhöhung nicht zurückgehalten, aber alle deutschen Bahnen haben die Erhöhung vorgenommen.

Hent wünscht Maßnahmen für eine bessere Beleuchtung auf dem Lande.

Zöwigt: Der Senat hebt hervor, daß die Erhöhung der Fahrpreise gewissermaßen auf militärische Anweisung vorgenommen worden sei. Das möge vielleicht richtig sein, aber deshalb müsse man sich doch dagegen wenden. Überall in Deutschland habe man dagegen protestiert, es müsse auch hier in der Bürgerchaft zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Maßnahme durchaus unbedeutend sei. Ehlers habe durchaus recht, wenn er die Verteuerung der Fahrpreise als indirekte Steuer bezeichne.

Schettelig wünscht bessere elektrische Fahrverbindung für die Theaterbesucher.

Senator Straß: Die Einschränkung der Straßenbahn beruht auf genauen Frequenzberechnungen. Wir sollten den Betrieb erst um 50 Proz. einschränken, glauben aber vorerst mit einer 15prozentigen Einschränkung auszukommen.

Ziehl kritisiert ebenfalls die erhöhten Fahrpreise und ersucht möglichst um Abhilfe. Denn auch der Handelsstand müsse genau rechnen.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

4. Antrag: Nachbewilligung auf Artikel 28 (Schuldenverwaltung) des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1916.

Wird angenommen.

5. Antrag: Ermächtigung der Lübeckischen Beleihungsstelle für Hypotheken zur Vertreibung der von ihr beliehene Hypotheken.

Dr. v. Broden stellt einen Abänderungsantrag, der eine Einschränkung des Senatsantrages bezweckt. Die Beleihungsstelle soll bei Zwangsversteigerungen von Pfandgrundstücken allgemein ermächtigt sein, ihre Hypothekenposten auszubieten, wenn sie milderer Art sind, darüber hinaus soll die Genehmigung von Senat und Bürgerchaftsrath eingeholt werden.

Hoff teilt die Bedenken des Vorredners und verweist auf die unergiebigen Debatten bei der Übernahme der Stadthalle. Wehnliche würde uns hier wieder passieren, wo es sich um ein Hotel handle. Die Bürgerchaft wolle bei derartigen Erwerbungen gehört werden. So brennend sei die Sache denn doch nicht, da das Zwangsverfahren nicht so rasch verlaufe. Den Bürgerchaftsrath müsse man zumindest darüber hören. Dem Antrage Dr. v. Brodens könne man eventuell zustimmen, den Senatsantrag solle man ablehnen.

Dr. v. Broden wünscht die Annahme des Antrages Dr. v. Brodens. Der Bürgerchaftsrath könne ja, wenn nötig, in 24 Stunden zusammentreten.

Glasow glaubt, daß man bei Annahme des Brodenschen Antrages in Zukunft bei der Beleihung bedenklicher sein werde, was für die Hausbesitzer vielleicht von Nachteil sein könnte.

Reimpell teilt diese Bedenken nicht.

Der Antrag Dr. v. Brodens wird angenommen.

6. Antrag: Erweiterungsbau für die Schule in Moisling.

Glasow hält Kommissionsberatung für dringend notwendig.

Es sei die Frage, ob die Schule kurz nach dem Kriege groß genug sei. Notwendig sei, erst nach Wasser zu bohren.

Senator Dr. Eschenburg hat gegen eine Kommissionsberatung nichts einzuwenden. Die Bohrung soll vorgenommen werden, sie verursache aber 2500 Mk. Unkosten.

Kommissionsberatung wird beschloffen.

7. Antrag: Nachbewilligung von 6000 Mk. für die Erweiterung des Stenographen.

Wird angenommen.

8. Antrag: Anstellung eines Anfallsarztes am Kinderhospital und staatlichen Kinderarztes.

Dr. Ziehl hält die Anstellung eines Kinderarztes für notwendig, findet die Berechnung der Gehälter aber nicht für richtig. Bei Annahme des Senatsantrages erhalte die Korporation des Krankenhauses eine Blankobewilligung. Dies könne noch nicht unsere Meinung sein. Der Senat müsse seine Zustimmung zum Gehalte wie zur Pension geben. Das Gehalt dürfe nicht über dasjenige hinausgehen, was Beamte in ähnlicher Eigenschaft erhielten.

Senator v. Evers erklärt, der Senat habe gegen die eben vorgetragene Ausführung keine Einwendungen zu machen. Der Staat würde durch die Mehrkosten nicht weiter belastet.

Dr. Ziehl fragt, woher denn die Aufsichtsbekörde das Geld hernehmen wolle. Die Finanzen des Kinderhospitals seien wohl nicht glänzend, da es mit Unterfuß arbeite. Der erste Schritt der neuen Stelle werde dazu führen, daß das Institut vom Staate übernommen werden müsse. Mehrnahmen könnten wohl deswegen nicht erzielt werden, weil das Kinderhospital schon überfüllt sei. Man müßte schon einen Neubau schaffen. Bezon-

zusammengerückt aus aller Herren Ländern, bestanden zum Teil aus verwegenen Geistes; Raubfälle und Mordtaten blieben daher nicht aus; über Einbrüche, Diebstähle und brutale Mißhandlungen hilfloser Frauen und später Wanderer hatte die einzige Zeitung, welche zweimal wöchentlich erschien, häufig zu berichten.

Herr von Neudorf verfolgte seinen Weg mit einiger Vorsicht. Der Nachtwind wehte fast hinter ihm her und raschelte mit dürrern Laub und Geröll. Zuweilen kam es ihm vor, als hörte er Schritte hinter sich und zurückschauend strengte er seine Augen an, um aus dem Schatten in der Ferne eine menschliche Gestalt zu erkennen, oder er glaubte eine solche in anderen Gegenständen zu entdecken, welche er vor sich erblickte. Immer aber täuschte er sich und mit dem blanken Degen unter dem Mantel stand er endlich vor einem Hause still, in dessen oberem Stockwerke einige Fenster erleuchtet waren.

Wenn der König oder sein General-Adjutant Derschau zu bauen befohlen, wurde den Betroffenen zugleich ein Bauplan übergeben, nach welchem gebaut werden mußte. Es mußten massive, große Häuser aufgeführt werden, die nicht kalten Palästen gleichen. Das Haus, vor welchem der Major jetzt still stand, war keines der ansehnlichsten Gebäude, doch sah es mit seinen doppelten Stockwerken wohl eingerichtet aus. Einige Augenblicke spähte der Major nach allen Seiten hin und als er nichts Verdächtigendes bemerkte, klopfte er leise an eines der Fenster im Erdgeschosse, das mit einem Laden geschlossen war.

Nach kurzem Verweilen wurde ein Riegel zurückgeschoben und die Tür geöffnet. Eine ältliche Frau, ihren Kopf mit falkiger Haube bedeckt, empfing ihn mit zutraulichem Lächeln. Guten Abend, gnädigster Herr Major, sagte sie freudig und ihre Lampe zu ihm emporschaltend.

Guten Abend, Frau Kästner, erwiderte er. Es ist doch alles wohl?

Freudig, freudig! lächelte sie, freundlich nickend, das Herzchen kann sich kaum länger gedulden. Dreimal war es schon bei mir unten.

Der Major stieg die Treppe hinauf; er hatte jedoch den Weg noch nicht zur Hälfte zurückgelegt, als es hell auf der Treppe wurde, und eine junge Dame, einen Beutel mit einer brennenden Kerze in der Hand, ihm entgegenkam.

Ihr heiteres und liebliches Gesicht strahlte ihm heller noch als der Lichtschein, und wie er seine Arme öffnete, und ihre Lippen sich zum Kusse bogen, waren alle seine Sorgen vergessen.

Da bist du endlich, lieber Georg! rief sie voll schöner Freudigkeit, seit einer Stunde habe ich mich geduldet, denn — ich weiß

nicht warum — aber mir war so bekommen, so weh, als ob ein Unglück über mich hereinbrechen sollte.

Ich bringe dir Glück, meine liebe Agathe, erwiderte Herr von Neudorf zärtlich.

Wenn du bei mir bist, ist alles gut! rief sie, ihn fortziehend. Alle Gedanken verschwinden, ich denke nur an dich.

Fürchtest du dich denn? fragte er, indem er den Mantel abwarf.

Ich nicht, wenigstens um mich selbst nicht, aber ich fürchte mich um dich, geliebter Georg, ich fürchte mich, weil ein Wesen wie ich, wenn Glück sich vor ihm zeigt, so sehr an Unglück gewöhnt ist, daß eine geheime Stimme ihm beständig in's Ohr rüst: Törichte, glaubst du wirklich daran? Es wird doch nichts daraus, es wird sich doch in Unheil verwandeln!

Arme, liebe Agathe! du fürchtest um viel und dennoch — setzte er leiser hinzu, dennoch hat dich deine Ahnung nicht ganz betrogen.

Siehst du wohl! erwiderte sie, ihr Gesicht zu ihm erhebend, während ein heimliches Lächeln sich darüber verbreitete.

Ich war bei dem Könige, sagte er, indem er sich setzte und sie auf sein Knie niederzog.

Bei ihm!

Er hatte, ich weiß nicht wie, gehört, daß ich den Dienst verlassen wollte. Er erklärte mir, daß ich bleiben müsse.

Der Tyrann! lächelte sie.

Er war gültig gegen mich. Ich sollte ihm sagen, warum ich keinen Koss nicht mehr tragen wollte. Ich konnte und wollte nicht lügen. Ich sagte ihm, daß ich heiraten möchte.

Du hast meinen Namen genannt?

Nein. Doch wollte ich, ich hätte mich anders bedacht, ihm nichts gesagt oder die ganze Wahrheit. Aber ich sah den Sturm, der mich treffen würde, und ich ättete davor; denn kann er nicht alles tun, was er will, kann er nicht — dich, dich geliebte Agathe, seiner Rut opfern?

Was kann er mir tun? erwiderte sie, ihr dunkles Haar schüttelnd, während ihre Augen ihn und verächtlich blühen.

O, was ist still! erwiderte er. Er jagte mir etwas, was mein Blut froden machte. Denkst du nicht daran, wie seine eigenen Kinder vor ihm ätteten?

Es ist schmachvoll! schmachvoll, rief das Fräulein ihre Hände zusammenschlagend, daß das alles geschehen kann.

Wir müssen vorzüglich sein, fuhr Herr von Neudorf fort, damit er nicht Gelegenheit erhält, uns seinen Zorn fühlen zu lassen. Ich werde ihn zu täuschen suchen, werde ihm sagen, daß meine Ausichten auf eine Vermählung sich geschlagen haben.

Wirst du das? Er wird dir Ertrag anbieten. Wird irgend ein hartnäckiges, breitschuldriges Fräulein für dich ausgehandelt haben.

(Fortsetzung folgt.)



den Vergütungen für die Krankenbehandlung dürfe man dem neuen Arzte auch nicht zubilligen. Fraglich sei überhaupt, ob jetzt der richtige Zeitpunkt für die Errichtung der Stelle sei.  
Senator C m e r s: Die Frage für besondere Vergütung des Arztes ist noch nicht geklärt. Die Finanzen des Kinderhospitals hätten sich in den letzten Jahren gebessert, wozu das nicht unerheblich erhöhte Kostgeld beigetragen habe.  
C h l e r s begrüßt die Vorlage im Interesse der Kinder, doch bewirken die Ausführungen Dr. Ziehls, daß der Antrag nicht klar sei. Man solle den Antrag dahin abändern, daß der Betrag von 3500 Mk. zur Verfügung gestellt werde. Wenn das Kinderkrankenhaus nicht auskomme, könne ja jederzeit die Bürgererschaft befragt werden. So wie die Vorlage gestaltet sei, könnte je nach Gutdünken der Vorsteherchaft der vom Staat zu leistende Betrag höher werden.  
Dr. Ziehl beantragt Kommissionsberatung.  
Reinpell: Das Kinderhospital trägt dazu bei, die Kosten des Staates wesentlich zu vermindern. Die Kommission muß schnell arbeiten.  
Dr. Ziehl würde es sehr bedauern, wenn der neue Arzt besondere Honorare für die Behandlung der Kranken in der ersten und zweiten Klasse beziehen dürfte. Das würde Ungleichheit bei den Ärzten des Krankenhauses erzeugen zu einer Zeit, wo im Allgemeinen Krankenhaus geregeltere Anstellungs-Verhältnisse herrschen.  
Kommissionsberatung wird beschlossen.  
9. Antrag: Erlass einer neuen Ordnung für die Bauabteilung. Dr. Ziehl empfiehlt die Annahme des Senatsantrages, für die sich auch der Bürgerauschuß ausgesprochen habe.  
Der Senatsantrag wird ebengültig angenommen.  
10. Antrag: Herstellung eines Umkleelagplatzes bei den Israelsdorfer Wiesen.  
11. Antrag: Rathbewilligung auf die Kosten der Errichtung einer Kaimauer an der Westseite des zweiten Auh: Hafens gegenüber der Wallhalbinsel.  
Beide Anträge werden mit Zweidrittelmehrheit angenommen.  
12. Antrag: Herstellung von fünf Kleinwohnungen auf dem Grundstück Ballaststraße 1.  
Hoff: Wir werden dem Antrag selbstverständlich zustimmen, wenn er eine Notwendigkeit ist. Es ist aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es muß mehr getan werden als bisher. Gerade vor dem Oktobertermin bekamen manche kinderreiche und auch Kriegerfamilien keine Unterkunft und mußten Quartiere, zum Teil im Gasthof nehmen. Die Hauswirte vertreiben immer mehr den Standpunkt, Mieter mit mehreren Kindern nicht mehr aufnehmen zu wollen. Dagegen muß etwas getan werden. Was nützen alle Bestrebungen für Säuglings- und Kleinkinderhäuser, wenn solche Familien keine Wohnungen erhalten. Hausbesitzer, die nicht gerade an Arbeiter vermieten, lassen lieber ihre Wohnungen leer stehen, als sie auch nur vorübergehend für kinderreiche Familien herzugeben. In der Unterstadt z. B. steht ein ganzes Haus leer, weil sich der Hausbesitzer weigert, die Wohnungen an kleine Leute zu vermieten. Er erwartet dadurch für später vielleicht einen Nachteil. Bei solchen Maßnahmen wird selbstverständlich die Geburtenzahl eingeschränkt werden. Deshalb ist es dringend notwendig, daß etwas geschieht. Die Kriegsmassnahmen über Wohnungsfrage beim Stadt- und Landamt werden nachher wieder beseitigt, weshalb ich den Antrag stelle, die Bürgererschaft möge den Senat ersuchen, ihr baldigst eine Vorlage betreffend die Errichtung eines Wohnungsamtes für den Staat über entgegenzubringen. Ich hoffe, daß auch der Senat bei Zustimmung der Bürgererschaft möglichst bald Schritte einleitet, damit endlich etwas nach dieser Richtung hin geschieht. Solche Vorkämpfer haben sich in anderen deutschen Städten gut bewährt. Es dürfen nicht wieder wie bei anderen sozialpolitischen Anträgen, die wir gestellt haben, Jahre darüber hingehen, wie z. B. beim Antrag über den Arbeitsnachweis, der trotz der Zustimmung des Bürgerauschusses im Frühjahr vom Senat ungeheuerlich verschleppt wurde. Die senatsseitige Verschleppung von die Arbeiterfrage betreffenden Maßnahmen ist auffällig.

Senator Dr. Lienu: Die Behörde für Wohnungspflege ist noch zu dieser Woche einzuberufen, um die Wohnungsfrage zu besprechen. Den Wünschen des Herrn Hoff sei durch die Behörde für Wohnungspflege in weitem Maße entsprochen worden.  
S c h a d möchte erst mehr Klarheit über die Auslegung des Hoff'schen Antrages haben.  
Dr. v. Broden ist der gleichen Ansicht.  
Hoff: Ich möchte doch bitten, den Antrag anzunehmen. Der Bürgerauschuß wird ja Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen, ob er den Antrag an den Senat weitergeben soll. Die Bedenken der Hauswirte, sich einer gewissen Kontrolle aller leerstehenden Wohnungen zu unterziehen, sind hinwiegend. Gewiß muß das Wohnungsamt Kompetenzen über Wohnungen haben. Wenn die Familien mehr Kinder in die Welt setzen sollen, hat der Staat auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß diese Familien eine angemessene Unterkunft erhalten. Der Bürgerauschuß ist wohl in der Lage, meinen Antrag zu prüfen. Wenn die Hausbesitzer jetzt schon wieder befehlen, daß ihnen Beschränkungen auferlegt werden, so muß für uns doch wohl das Interesse der Bevölkerung in erster Linie maßgebend sein. Der Staat hat durch die Kriegsjahre auch Bestimmungen getroffen, die den Hausbesitzern zugute kommen, da müssen diese schon einmal einen Pfund zurückgeben. Wir wissen, daß nicht alle Hausbesitzer auf Kosten gebettet sind, doch das Recht des Schwächeren muß gewahrt werden.  
Löwigt: Ich komme auf die Angelegenheit zurück, die bei einem früheren Senatsantrag angeschnitten wurde: den Lebenslohn. Dieser frühe Lebenslohn wird von manchen sehr unangenehm empfunden. Ganz besonders davon betroffen werden die Arbeiter in den Fabriken, deren Arbeitszeit erst um 6 Uhr endet; dann Kriegerfrauen, die erwerbstätig sein müssen. Sie sind kaum mehr in der Lage, die notwendigen Einkäufe zu machen zu können, und sie haben den dringenden Wunsch, daß ihnen Gelegenheit geschaffen wird, ihre Einkäufe zu machen. Vielleicht kann ein anderer Tag, der Montag, dazu genommen werden, an dem außer dem Sonnabend der Geschäftsschluß weiter ausgedehnt wird als es jetzt der Fall ist. Der 6-Uhr-Lebenslohn am Sonnabend ist nicht ausreichend. Mindestens bis 7 Uhr abends an einem Nachmittage sollten die Läden geöffnet sein. Ich hoffe, daß Sie diesem Verlangen aus weiten Arbeitertagen Rechnung tragen. Ferner bitte ich, den Antrag Hoff dem Bürgerauschuß zu überweisen. Die Angaben die dem Wohnungsamt übertragen werden sollen, hat Hoff in großen Zügen angedeutet. Es bestehen ja in Deutschland schon denartige Einrichtungen, die für uns als Muster dienen können. Das Wohnungsamt soll gerade dazu beitragen, die Wohnungsnot der kinderreichen Familien zu lindern. Eingelassen können bezatet werden, wenn aus der Senat eine Vorlage entgegenbringt; sie können auch im Bürgerauschuß noch näher ausgeführt werden. Wir fordern ein solches Amt, weil wir von seiner Wichtigkeit überzeugt sind.  
Dr. v. Broden bekräftigt die Wichtigkeit der Sache nicht, aber wenn Jemand der Mitglieder wagt nicht, was Herr Hoff möchte.  
Hoff: Ich kann mir nicht denken, daß Herr v. Broden als Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzers nichts von den Aussagen eines Wohnungsamtes kennen sollte. In vielen Städten besteht denartige Wohnungsämter schon seit 5 und 6 Jahren. Was dort geschaffen wurde, sollte auch hier möglich sein. Es handelt sich doch genau so wie bei den anderen Anträgen: Der Bürgerauschuß befragt erst, ob er den Antrag weitergeben will. Damit wird sich die Bürgererschaft nicht. Wir sind im Bürgerauschuß nur mit drei Mann vertreten, die Vorschläge aber mit 27. Das ist die Sache sehr auch in Rücksicht auf die Hausbesitzer ausgeführt werden und zu berücksichtigen. Es muß etwas geschaffen werden, was hier nicht mit leeren Worten begangen wird.  
W a g n e r: Herr Dr. v. Broden hat aus dem Herrn v. Broden viel Interessantes gesprochen, das wir über den Antrag in Rücksicht auf die Arbeiter nicht übersehen dürfen.  
S c h a d hat die Sache von jeder Hinsicht, daß sie geprüft werden muß. Eine Vorlage soll gerade nach dem Bürgerauschuß über eine Kommission gehen. Die Bürgererschaft hat sich nicht

senen glaubt, die Linde würde bei Annahme des Antrages Hoff später den Eindruck hervorzurufen versuchen, daß die Bürgererschaft ja früher zugestimmt habe. So sei es auch schon bei anderen Gelegenheiten gewesen.  
H i e l spricht sich für erweiterten Lebenslohn im Interesse des Einkaufs aus. Sonntags mühte ein Aufhalten des Ladens gestattet sein. Wer keinen Gebrauch machen wolle, brauche ja kein Geschäft nicht zu öffnen. Man brauche ja die Läden nicht zu heizen.  
Senator Dr. Lienu hält ein weiteres Offenhalten für gänzlich ausgeschlossen. Am Sonnabend sei ja für Arbeiterinnen der Arbeitslohn früher. An Kohlen und Gas müsse unbedingt gespart werden.  
A l b e r s wiederholt seine Ausführungen, Eine Sonntagsöffnung sei unnötig, da ja auch die Warenknappheit sehr groß sei. Auch die behördlichen Betriebe benutzten leider noch die ausgedehnte Arbeitszeit.  
Senator Dr. Lienu: An Handels- und Gewerbetreibenden sind Anträge gestellt worden, wie weitere Beschränkungen möglich sind.  
Löwigt: Daß beim Gasverbrauch gespart werden muß, davon sind wir alle überzeugt. Aber daß die Ersparnismaßnahmen so getroffen worden sind, daß einzelne Bevölkerungsklassen darunter besonders zu leiden haben, ist unverständlich. Wohl hat der Senat die Handels- und Gewerbetreibenden gehört, nicht aber die Vertreter der Arbeitererschaft. Man hätte doch auch Wert darauf legen sollen, deren Meinung zu hören, wie sie ihre Einkäufe machen kann. Bei der Herstellung des Kriegsbedarfes sind die Arbeiter zweifellos am wichtigsten, aber im staatlichen Leben läßt man sie immer nicht viel gelten, da werden ihre Interessen bei solchen Maßnahmen nicht berücksichtigt. Gewiß hat ein Teil der Fabriken Sonntags früher Schluß, doch lange nicht alle Arbeiter in der Weise, daß sie noch Einkäufe machen können. Von den Behörden, die diese Anordnungen treffen, wird die Sache viel zu leicht genommen, wenn es sich um die Interessen der Arbeiter handelt. Der Sonntag ist nicht passend. Bei den jetzigen Ernährungsvorhältnissen kann man von den kaufmännischen Anstellungen zumal im Winter nicht verlangen, daß sie Sonntags in ungeheizten Räumen stundenlang tätig sind. Die Aufhebung des Sonntagsdienstes ist ein Fortschritt; man sollte, wenn es nicht unbedingt nötig ist, ihn nicht wieder einführen. Ich bitte, doch auf die Wünsche der Arbeiter etwas mehr Rücksicht zu nehmen.  
Senator Dr. Lienu weiß den Vorwurf zurück, daß die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigt werden. (Löwigt: Haben Sie denn Arbeiter gehört?)  
H i e l: Gerade von Arbeitern wurde mir der Wunsch unterbreitet, an Sonntagen zwei Stunden offen zu halten. Sonst bin ich für mögliche Arbeitserschöpfung des Sonntags.  
H e m m a n n (Schluß) wünscht auch Sonntagsverkauf.  
S c h a d erklärt, es wäre ihm persönlich lieber gewesen, wenn die Arbeiterersammlung erst gehört worden wäre, da ein einzelner doch nicht weitläufig genug sein könne. Gerade von industrieller Seite habe man den Wunsch geäußert, die Verkaufszeit wieder zu verlängern, und zwar an zwei Abenden bis 8 Uhr. Herr Direktor Haack habe dies entschieden abgelehnt und nur an einem Abend eine Stunde zugegeben. Die Kommission, an der auch er, Redner, teilnahm, hätte nur zu entscheiden gehabt, welcher Abend es sein soll. Redner ist gegen die Öffnung der Läden am Sonntag, da in den Lebensmittelböden von den rationierten Waren doch kaum etwas zu kaufen sei, die würden meistens schon in den ersten Tagen verkauft. Wenn die Gültigkeit der Brotkarten verändert werde, sei Sonntags nicht mehr viel Nachfrage vorhanden. Die Vertreter der Sitzung hätten sich entschieden gegen die Sonntagsöffnung ausgesprochen.  
Der Antrag Hoff, betr. Wohnungsamt, wurde abgelehnt.  
Der abgeänderte Antrag von Ludwig wird angenommen.  
13. Antrag: Erweiterung der Feuerwache in der Hanstraße. Der Antrag wird debattelos genehmigt.  
Schluß 9 Uhr.

Die schwerste Zeit aber bedeutet es für die Erwerbstätigen, wenn sie sich als weite Mütter fühlen. In einer Zeit, wo die wohlhabende Frau sich jede nur mögliche Schonung auferlegt, wo ihr alles Schwere und Unangenehme ferngehalten wird, ist die Arbeiterfrau gezwungen, die schwerste Arbeit auf sich zu nehmen, eifrig geplagt noch von der Sorge, die jeder neue Zuwachs für die Familie der Proletarier mit sich bringt. Da ist es zu verstehen, wenn die Frau darauf bedacht ist, ihre Kinderzahl nicht zu vergrößern, abgesehen davon, daß der weibliche Körper oft durch die Erwerbsarbeit so sehr geschwächt ist, daß er garnicht imstande ist, gesunden Kindern das Leben zu geben.  
So sehen wir, wohnen wir auch Mitleid, unter den heutigen Verhältnissen ein Mortarium in der Erwerbsarbeit für die Frau und schwere Nachteile für Familie und Haushalt, und wir können uns nicht damit trösten, daß die jetzige Ausbeutung dieser Frauen-erwerbsarbeit mit dem Kriegsende eine wesentliche Einschränkung erfahren wird. Wir wissen, daß die zahlreichen Kriegserwitwen und Frauen der Kriegsbeschädigten ebenso wie so manche andere Frau auch nach dem Kriege ganz oder teilweise die Sorge für ihre Familie wird tragen müssen, und da ist es nun unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen, einen Weg zu suchen, der diesen Frauen ihr Los erträglich macht! Aber — wo liegt dieser Weg? Nächstes würde es sein, nach der „guten alten Zeit“ zu jammern; das Rad der Geschichte geht unentwegt weiter und über den, der es nicht dreht, mit ihm Schritt zu halten, geht es unabweisbar hinweg.  
Deshalb müssen wir immer wieder vom Staate verlangen, daß er Maßnahmen ergreift, die den Frauen, die ihm ihre Kraft und ihre Gesundheit zum Opfer bringen, ihre Arbeit erleichtert, sobald sie nicht in ewigen Konflikt mit ihren Pflichten als Hausfrau und Mutter geraten. Die Mutterschaftsversicherung muß die Frau in ihrer schwersten Zeit schützen. Gemeinshaftskassen, Waisenhäuser, Blindenanstalten müssen errichtet, alle der Erleichterung des Haushalts dienenden technischen Errungenschaften müssen der Arbeiterfrau zugänglich gemacht werden, um zu verhindern, daß der Erwerbstätigen durch die Sorge für den Haushalt das Leben zur Qual wird. Anfänge für diese sozialen Einrichtungen bestehen heute bereits, größtenteils hervorgebracht durch den Krieg, und unsere Sache wird es sein, darauf zu drängen, daß sie weiter ausgebaut werden zum Segen der arbeitenden Frau und damit des Staatsganzen, in dessen Interesse es liegt, daß Menschenkraft nicht unnützlich vergeudet wird. Vor allem aber gilt es, Wege zu schaffen zur Beschränkung der Arbeitszeit der Frau und um zu verhindern, daß Frauen in Betrieben beschäftigt werden, die ihre Gesundheit gefährden.

Freilich: eins ist durch all diese Einrichtungen nicht wieder zu schaffen: das Ideal, das man sich früher von der Frau und der Familie machte. Das deutsche Gretchen wird mehr und mehr verschwinden, und an ihre Stelle wird die klassenbewußte Arbeiterin treten, die ihrem Mann nicht ausschließlich Hausfrau und Mutter seiner Kinder sein wird, sondern die treue Kameradin, die Hand in Hand mit ihm die Kämpfe führen wird, die emporleiten zu einer schöneren Zukunft. Daß es dahin kommt, dafür müssen wir Frauen sorgen, die wir heute schon von der Idee des Sozialismus erfüllt sind. Unsere Aufgabe ist es, immer wieder aufzuklären auf unsere Klassengenossinnen zu wirken, ihnen die Augen zu öffnen für die Zusammenhänge der Dinge, sie unseren Organisationsmaßnahmen zugänglich zu machen. Indem wir das tun, geben wir unseren Schwägern für das verlorene Ideal ein neues, das ihnen über schwere Stunden hinweg hilft; gleichzeitig aber dienen wir uns selbst, indem wir so unserer Sache, der Sache des arbeitenden Volkes um so schneller zum Siege verhelfen!

Louise Schröder.

Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau, Die Mutter der Kinder, Und herrscht weise im häuslichen Kreise. ...  
Hat dieser Gedanke, den Schiller in seinem großen Lebensgedicht ausspricht, schon vor dem Kriege Tausenden und aber Tausenden von Frauen wie ein Märchen aus längst vergangener alter Zeit geklungen, mit der der Kapitalismus aufgeräumt hat, wieviel ferner liegt uns jene Zeit heute, wo der Krieg auch den weitaus größten Teil der Frauen, die bisher das Glück hatten, das Söhnen und Weiten in ihrem Hause als ihre Lebensaufgabe betrachten zu dürfen, in die Erwerbsarbeit hineingezwungen hat.  
Lesen wir die Millionenziffern der arbeitenden Frauen, so wissen wir, daß diese Ziffern ganze Bände sprechen von Frauenqual und Kinderleid. Gleich dem Manne muß heute die Frau „ihmans ins feindliche Leben“; aber ihre Pflichten sind nicht erfüllt, wenn sie des Abends todmüde nach Hause kommt, es beginnt dann das für sie; was man früher immer als das eigentliche Element der Frau hinzustellen pflegte: die Sorge für Haushalt und Familie. Die Frau aber, deren Schwäche man nicht genügend hervorheben kann, wenn es die Gewährung von Rechten gilt, sie muß heute ihrer Erwerbsarbeit oft einen für ihre Konstitution geradezu ungläublichen Kräfteaufwand gebrauchen. Unmenschliches jedoch diese es von ihr verlangen, wenn sie unter diesen Umständen ihre Pflichten als Frau und Mutter voll und ganz erfüllen sollte. Und doch ist der Beruf der Hausfrau heute schwerer und verantwortungsvoller als je. Will sie sich und ihre Familie nur einigermaßen ausreichend ernähren, so bedingt das täglich stundenlanges Kochen und Waschen auf Nahrungsmittel, es erfordert ein ewiges Kochen und Arbeiten, um das fehlende Brot zu erzielen. Woher aber sollte die erwerbstätige Frau die Zeit dazu nehmen. Da ist es nur zu begreiflich, wenn die abgesehnte und müde Frau einen Teil ihrer Lasten abläßt auf die Schultern der heranwachsenden Kinder. So sehen wir jene früh erkrankten Geschlechter der Mädchen, denen durch die Sorge für den Haushalt und die kleineren Geschwister früh die Sorglosigkeit der Kindheit geraubt wird; wir sehen jene emphysematischen und blaffen Kindergestalten, die als Kinder der Heimarbeiterin ihre Gesundheit in der unruhigen Luft des Tabaks oder durch das Gedächtnis beim Nähen verlieren. Aber selbst wenn die Mutter den Kindern diese Lasten erläßt, welche Traglast blüht uns oft entgegen aus den Gestalten der Kinder der erwerbstätigen Mütter! Da sehen wir die vernachlässigten und unterernährten Kinder; wir sehen jene Kleinen, deren Gesichtsbilder davon zeugt, daß die Mutter sie vom frühen Morgen bis zum späten Abend in der Wohnung einsperrt, um sie vor der Gefahren der Straße zu hüten. Aber auch dieses Kleinlein der Kleinen birgt die größten Gefahren in sich: Wenn wir in lakonischer Kürze in der Zeitung eine Notiz lesen, wie das dreijährige Kindchen einer Mutter, die gezwungen war, den ganzen Tag außerhalb des Hauses zuzubringen, mit Streichholzstäben spielend, bei lebendigem Leibe verbrannte, dann wissen wir, was heißt: Mutter und Erwerbstätige zugleich zu sein, dann paßt der Menschheit ganz Jammer aus an.  
Und dieses hat nur die äußeren Pflichten der Frau; alles übrige aber ist ihre Aufgabe als Erzieherin ihrer Kinder. Sie soll es sein, die das erste Erwachen des Geistes bei ihrem Erwachen überweist, die den werdenden Charakter in der rechten Richtung lenkt. Woher aber soll die für den Lebensunterhalt der Familie sorgende Frau in ihren langen mühsamen Stunden und nach Hause zurückkehren, wo die Kraft fadet, zur rechten Zeit Liebe und Energie weihen zu lassen? Wenn wir deshalb heute bei der heranwachsenden Jugend oft Eigenheiten bemerken, die aus uns hervorgehen, wenn sie die Jahre der Kindheit erfüllen, so ist das nicht nur der demoralisierende Einfluß, den der Krieg an sich und der damit verbundene Kampf um Notwendigkeiten auf das junge Gemüt ausübt, es ist vor allem auch die Erziehung, die diesen Kindern, deren Mutter in der Welt stehen, aber gar nicht in der Lage ist, ihnen, und denen Mütter legaten, lagere den Lebens-

## Frauenarbeit und Familie.

Aus Nah und Fern.

Noch zwei Opfer des Eisenbahnunglücks bei Schönhausen. Es ist inzwischen festgestellt, daß bei dem tiefbedauerlichen Eisenbahnunglück in Schönhausen auch zwei Schwefeln aus Odenkirchen ums Leben gekommen sind. Nunmehr sind im ganzen 24 tote Kinder dem Namen nach festgestellt. Die 25. Leiche konnte noch nicht ermittelt werden.

Raubzüge im Automobil. Seit einiger Zeit machen, wie berichtet, in Berlin Einbrecher, die einen Kraftwagen benutzen, die Geschäfte unsicher. Sie fahren rasch vor, dringen in die Lokale ein, plündern sie aus und jagen wieder mit der Beute davon. In kurzer Zeit wurden zwölf Einbrüche dieser Art verübt. In der Nacht zum Freitag gelang es nun einem Schuttmann, drei Männer, die augenscheinlich zu dieser Bande gehörten, unschädlich zu machen. Der Beamte sah ein grau gestrichenes Auto mit Zeltbahnüberspannung, wie es bei den Einbrüchen an verschiedenen Stellen gesehen worden ist, schnell durch die Rosenthaler Straße fahren. Bei seiner weiteren Beobachtung stieß er in einem Hausflur auf zwei Männer, die dort mit einem großen Bündel warteten. Während er diese festnahm, kam das graue Auto langsam durch die Gipsstraße wieder herangefahren. Jetzt wurde auch der Chauffeur festgenommen. Auf dem Wege nach der Wache des zwölften Reviers griff einer der Verhafteten in seine Manteltasche und zog einen Revolver heraus. Der Säuhmann hielt ihm gleich seine Dienstpistole vor, und das Publikum, das den Beamten unterstützte, entließ dem Verhafteten den Revolver, bevor er schießen konnte. Er wurde auf der Wache als ein 28 Jahre alter Maurer Franz Lange, der sich ohne Wohnung in Spandau aufhält, festgestellt. Der andere ist ein 19 Jahre alter ebenfalls wohnungsloser Arbeiter Karl Rüdert. Der Chauffeur ist ein 32 Jahre alter Georg Behrendt aus Halensee. Das Bündel, das Lange und Rüdert abgenommen wurde, enthielt Beute aus einem Einbruch auf dem Grundstück, auf dem die beiden warteten.

Schwere Brandschäden in den Vereinigten Staaten. Die „Times“ erfährt aus Newport: Die amerikanische Presse brachte in der letzten Zeit Berichte über schwere Brände an verschiedenen Orten. In Canaan City verbrannten 25 Morgen Schaafwiesen mit 11 000 Schafen und 3000 Schafe. In Brooklyn fielen große Mengen Getreide, die bereit lagen, um nach Europa verschifft zu werden, den Flammen zum Opfer.

Was der Mensch im Jahr verzehrt.

Den Bedarf des Menschen an den Hauptnährstoffen im allgemeinen festzustellen, ist eine sehr schwierige Aufgabe, zumal erhebliche Veränderungen nach Körperbau und Veranlagung des einzelnen Menschen, nach Jahreszeit usw. bestehen. Außerdem haben wir im Wohlleben der Friedenszeit sicher weit mehr gegessen, als zur Aufrechterhaltung der Gesundheit und des Körpergewichts erforderlich war. Prof. Voit hat in der „Mensch“ mit möglichst großer Sorgfalt untersucht, wie oft in einem Jahr, nach dem Gewicht berechnet, der Mensch sich selbst aufisst, wenn sein Gesamtbedarf zu 800 Wärmeeinheiten als Friedenslohn angenommen wird. Dabei werden nur 60 Gramm Fett, 90 Gramm Eiweiß und 450 Gramm Kohlenhydrate gerechnet. Das Eiweiß kann etwa zur Hälfte auf tierische und pflanzliche Nahrungsmittel verteilt werden, ebenso das Fett, während die Kohlenhydrate fast ganz aus pflanzlichen Stoffen gedeckt werden, zum größten Teil natürlich aus Brot und Kartoffeln. Das Ergebnis ist, daß ein gesunder Mensch etwa das Zehnfache seines Körpergewichts verzehrt, nämlich bei 70 Kilogramm Eigengewicht rund 666 Kilogramm Nahrungsmittel. Diese können sich zweckmäßig folgendermaßen verteilen: ein tüchtiges Kalb, ein schmälerer Dorsch, ein halber großer Laib Käse, kleine große Milchfannen von etwa je 10 Liter, Eier im Gewicht von zwei ausgewachsenen Hühnern, ein Butterjag voll Butter (5 Kilogramm), ein Faß Pflanzenfett (12 Kilogramm), Fenchel in Form eines Kiefernals (5 Kilogramm), die Füllung einer großen Anschlaghülle mit Brot und Kartoffeln (365 Kilogramm), eine Badewanne voll Gemüse, ein ordentlicher Saß voll Hülsenfrüchte und zwei Zuderhülle.

Weiter sind das die Friedensportionen, von denen wir uns jetzt nicht nur nach Art, sondern auch nach Menge der Nahrungsmittel manches abfrören lassen müssen.

## Aus Nah und Fern.

Bernachlässigter Redakteur: Johannes Stelling.  
Belegter: Th. Schwarz, Drud. Friedr. Meyer & Co.  
Gemeinnützige